

U*i*D

18/1999

MITTEN IM LEBEN



MITTEN IN EUROPA

**Europa MUSS MAN
RICHTIG FEIERN.**

Europa-Fest der
CDU in der Kölnarena
Sonntag, 30. Mai

Seite 3-7

Kommentare

Erstmals hätte eine Frau an der Spitze des Staates gestanden

Man hätte sich nach 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland, nach zehn Jahren Wiedervereinigung, wenige Monate vor dem Umzug von Parlament und Regierung vor dem Aufbruch ins nächste Jahrtausend eine andere Wahlentscheidung, ein neues Signal vorstellen können. Erstmals eine Frau an der Spitze des Staates, um der Gleichberechtigung die Krone aufzusetzen. Erstmals eine Präsidentin aus den östlichen Bundesländern, um das Selbstbewusstsein der Menschen im Osten zu stärken und deren Ankommen im gemeinsamen Land zu beschleunigen. Und schließlich erstmals ein Staatsoberhaupt aus einem der Zukunft zugewandten Wissensbereich und kein alter Polit-Fuchs.

Berliner Morgenpost

CDU und CSU haben mehr Mut als SPD und Grüne bewiesen

Mit der Kandidatur Frau Schipanskis gelang es CDU und CSU zwar nicht, die Reihen der Koalition zu sprengen. Aber sie haben es doch geschafft, mit dieser Kandidatur einen Achtungserfolg zu erzielen, nicht nur, was ihr Wahlergebnis in der Bundesversammlung, sondern auch was die öffentliche Aufmerksamkeit angeht, die Frau Schipanskis zu erregen verstand. Mit ihrer Nominierung bewiesen die christlichen Demokraten eben mehr Mut und Nonkonformismus als die Sozialdemokraten und die Grünen. „Verbrannt“ ist die erfolglose Kandidatin keineswegs. Vor ihr könnte, wenn sie will, eine interessante politische Laufbahn liegen.

Frankfurter Allgemeine

Wolfgang Schäuble: Dank an Dagmar Schipanski

Im Namen der CDU hat der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble Dagmar Schipanski dafür gedankt, daß sie der Union als Kandidatin für das Amt des

Bundespräsidenten zur Verfügung gestanden hat: „Sie hat in den vergangenen Monaten die Herausforderungen, auch die persönlichen Zumutungen, die

mit einer solchen Kandidatur verbunden sind, in bewundernswürdiger Weise gemeistert.“ Dagmar Schipanski habe für das gegenseitige Verständnis der

Menschen in Ost- und Westdeutschland Hervorragendes geleistet und wichtige Anstöße für die Auseinandersetzung mit unserer gesellschaftlichen

Wirklichkeit gegeben: „Das wird bleiben. Die CDU wird ihre Anstöße aufgreifen und sie bitten, unsere programmatische und politische Arbeit mitzugestalten.“

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
18**

Wer teure Wahlgeschenke finanzieren muß, kann nicht höhere Belastungen für Bürger und Unternehmen mit dem angeblichen Versagen der alten Regierung begründen.

CDU-Generalsekretärin Angela Merkel

Wolfgang Schäuble:

Wählerinnen und Wähler werden Rot-Grün die Quittung schreiben

Wahltag ist Zahltag. Und da am 13. Juni die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie Kommunalwahlen in sechs Bundesländern anstehen, geht in der Regierung Schröder die Union. Das ist aus zwei Gründen auch nachvollziehbar.

Zum einen fällt die Bilanz der ersten neun Monate rot-grünen Regierens verheerend aus. Und die Regierung Schröder spürt, daß ihr Scheitern den Wählerinnen und Wählern nicht verborgen geblieben ist.

Hunderttausende von Beschäftigten werden mit der Neuregelung der 630-Mark-Jobs gefährdet, Zehntausende von Existenzen durch das Gesetz der sog. „Scheinselbständigkeit“ vernichtet, das Klima für Investitionen wird zerstört. Die Erwerbstätigenzahlen sinken, und die Arbeitslosen Zahlen – saisonbereinigt – stagnieren.

Auch aus einem zweiten Grund ist die Angst der Schröder-Regierung verständlich. Allmählich sichern Pläne durch, mit denen Rot-Grün die Bürger demnächst zur Kasse bitten wird – natürlich erst nach den Wahlen. Die Verantwortli-

chen in der Regierungskoalition überbieten sich nahezu täglich mit neuen Horrorzahlen zu bevorstehenden Steuererhöhungen. Die Anhebung der Spritsteuer um mindestens 15 Pfennig pro Liter ist ausgemachte Sache und wird von niemandem mehr dementiert. SPD Fraktionschef Struck spricht bereits von 40 Pfennig pro Liter.

Das Schröpfen ist damit aber noch nicht zu Ende: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 18 Prozent im Sommer 2000 ist absehbar, weil die selbstgerissenen Haushaltslöcher anders nicht mehr gestopft werden können. Die Einhaltung der Stabilitätskriterien der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist dadurch ebenso gefährdet wie das gerade erst mühevoll aufgebaute Vertrauen in den Euro.

Alles in allem: Die Schröder-Regierung bleibt sich treu. Vor den Wahlen großspurige Ankündigungen und unterdrückte Wahrheiten, nach den Wahlen Einsammeln der Versprechen und Abkassieren wie gehabt. Von tatsächlichen Reformen, die unser Land voranbringen, weit und breit keine Spur.

Anschlag auf Ferienländer

Einstieg in die kalte, unsoziale Enteignung der Autofahrer mit kleinen und mittleren Einkommen hat der schleswig-holsteinische Spitzenkandidat für die Landtagswahlen im nächsten Jahr, Volker Rühle, die Pläne der

SPD-Bundestagsfraktion genannt, die Mineralölsteuer drastisch anzuheben. Rot-Grün entlarve damit seine eigentlichen autofeindlichen Ziele und bereite einen Anschlag auf Ferienländer wie Schleswig-Holstein vor.

„Null Toleranz“ erfolgreich

● Anpassung des gesetzlichen Instrumentariums an neue Herausforderungen ● Stärkung der Sicherheitsbehörden durch verbesserte Rechtsgrundlagen: Mit diesen Maßnahmen hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung

bis Ende letzten Jahres große Erfolge bei der Verbrechensbekämpfung erzielt. Unsere eindeutige Politik der „Null-Toleranz“ gegenüber dem Verbrechen hat sich erkennbar ausbezahlt.

„Europa muß man richtig machen“

steht in riesengroßen Buchstaben auf der Bühnenrückwand. Doch die Generalsekretärin greift das Motto mit den Worten auf: „Europa muß man richtig feiern.“

Das ist ungewöhnlich für die Eröffnung einer heißen Wahlkampf-Phase: „Noch bevor es richtig losgeht“, wie Angela Merkel sagt, wird Musik gemacht, wird gesungen und getanzt.

- Die Kölner Mundart- und Musikgruppe „Höhner“ tritt auf.
- Die „Weather Girls“ machen „black Power“-Musik.
- Und zur Europa-Hymne „Alle Menschen werden Brüder“ nach der Musik Ludwig van Beethovens führt „Europa Park Rust“ die farbenfrohe Europa-Performance „More than one Europe“ mit Artisten, Tänzerinnen und Trommlern auf.

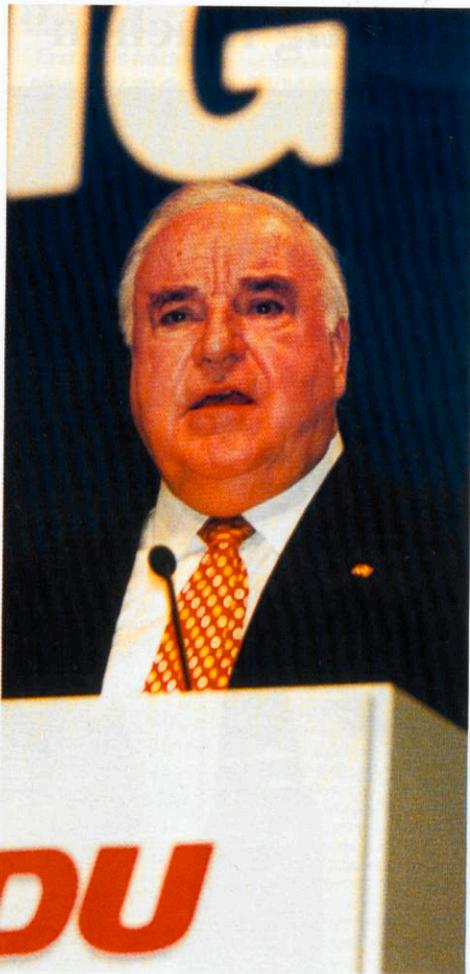
Den „größten Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ nennt die Generalsekretärin Schröders Wahllogan „Wir sind bereit“ vom letzten Jahr und schenkt der Regierung Schröder nichts, indem sie auch immer wieder die Brücke von der Europapolitik zur Innenpolitik schlägt:

- Als „Hans Dampf in allen Tassen“ falle dem neuen Bundesfinanzminister zur Schließung großer Haushaltslöcher nur das Mittel von Steuererhöhungen ein.
- „Deutschland ist kein Versuchslabor.“ Deshalb müsse endlich Schluß sein mit dem ständigen Nachbessern an dem ohnehin verfehlten 630-Mark-Gesetz. Zwei grüne Gurken plakatiere die SPD in ihrem Europawahlkampf. Angela Mer-



kel: „Es fehlen die Plakate mit den roten Pfeifen.“

Gerhard Schröder sagte nach dem EU-Gipfel in Berlin am 29. März über eine mögliche Senkung der deutschen Nettzahlungen an die EU: „... nach dem, was



wir wissen, wird kein Lottogewinn heraus-springen.“

Deshalb winkt die Generalsekretärin mit einem Lottoschein und kommentiert das neueste Werbemittel der Bundespartei: „6 aus x Fehlern der Regierung Schröder“ haben wir den Wählerinnen und Wählern einmal zusammengestellt – in einem „Kanzlerspiel ohne System mit Super- und Zusatzfehler“, aber vor allem auch 6 Richtige der CDU für Deutschland und Europa.

Helmut Kohl: Am 13. Juni wird eine zentrale Zukunftsentscheidung getroffen

Die wichtige Rolle der christlichen Demokraten als „Bauherren Europas“ hebt der Ehrenvorsitzende in seiner Rede hervor. Das Ziel: einen „europäischen Kontinent des Friedens, der Freiheit und des Wohlstands“ bauen.

Helmut Kohl: „Der Rhein fließt durch Europa und die Donau auch. Krakau liegt in der Mitte Europas genauso wie Köln.“

Vom „europäischen Haus“ spricht Helmut Kohl und den „unendlichen Schwierigkeiten beim Aufbau dieses Hauses“. Angesichts der Tragödie im Kosovo, von neuer Vertreibung und Massenvergewaltigungen „nur zwei Flugstunden von hier“ wird jedem klar: Europa muß ein „wetterfestes Haus“ sein, Europa ist eine Frage von Krieg und Frieden.

„Wir sind oft als Visionäre verlacht worden“, aber – so fügt Helmut Kohl hinzu: „Die Visionäre von gestern sind die Realisten von heute.“

Der Beifall für den früheren Bundeskanzler will nicht enden, die Teilnehmer in der Kölnarena erheben sich von ihren Sitzen.

Wolfgang Schäuble: Sozialisten können nicht mit Geld umgehen

„Standing ovations“ für den Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Machtvolle Demonstration für Europa“ – das soll nicht nur der Erfolg der CDU erst am 13. Juni sein. Die Anhänger der CDU, die zum Europafest nach Köln gekommen sind, wollen offensichtlich mit ihrem Beifall auch ihrerseits zeigen: Wir stehen hinter dem Anspruch, der sich durch alle Redebeiträge zieht: Die CDU ist die deutsche Europapartei.

Der Kosovokonflikt steht ganz am Anfang der Rede des Parteivorsitzenden. Schäuble



stellt klar: Zur Beteiligung der Bundeswehr an diesem Konflikt gibt es keine Alternative, aber auch darauf kann sich jeder in unserem Land verlassen: Eine unbeherrschbare militärische Eskalation wird es mit uns nicht geben.

Wolfgang Schäuble: „Wir stehen auf dem Standpunkt, daß man am Anfang bereits wissen muß, was am Ende geschehen soll.“

„Niemals wieder Vertreibung!“ Mit diesem Aufruf bekennt sich der Parteivorsitzende zum wichtigsten Ziel der NATO bei ihrem Eingreifen im Kosovo, und er erinnert bei dieser Gelegenheit daran, wie herzlos die Äußerungen von Kanzler Schröder sind, mit denen er sich den deut-

schen Heimatvertriebenen gegenüber immer wieder gleichgültig zeigt.

Wie die Generalsekretärin läßt der Parteivorsitzende die Fehlleistungen der Schröder-Regierung Revue passieren:

- Finanzpolitik ohne Sparanstrengungen,
- Arbeitsplätze durch mehr Bürokratie,
- Scheinselbständigkeit als Vorwand zur Bekämpfung von Selbständigkeit,
- Gesundheit neuerdings auf Bezugschein,
- Rente nach Haushaltslage und so weiter.

Wolfgang Schäuble: „Von wegen zwei Gurken, ich sehe nur Gurken.“

Von Hans Eichel höre man zwar „sparen, sparen, sparen“. Wer's glaubt wird selig.

Die Spitzenkandidaten bei der Europawahl

- Reimer Böge MdEP für Schleswig-Holstein
- Elmar Brok MdEP für Nordrhein-Westfalen
- Anne-Karin Glase MdEP für Brandenburg
- Alfred Gomolka MdEP für Mecklenburg-Vorpommern
- Georg Jarzembowski MdEP für Hamburg
- Werner Langen MdEP für Rheinland-Pfalz
- Hartmut Nassauer MdEP für Hessen
- Doris Pack MdEP für das Saarland
- Hans-Gert Pöttering MdEP für Niedersachsen
- Horst Schnellhardt MdEP für Sachsen-Anhalt
- Ingo Schmitt für Berlin
- Rainer Wieland MdEP für Baden-Württemberg
- Sibylle Winther für Bremen
- Jürgen Schröder MdEP für Sachsen
- Rolf Berend MdEP für Thüringen

Mit 30 Milliarden DM mehr Steuern ab 1998 kann die Regierung Schröder in diesem Jahr rechnen. Diese Information ist offensichtlich den meisten Bürgern nicht bekannt. Es gibt also Spielraum für Steuer-senkungen. Aber das Beste, was Schröder bisher auf diesem Feld zuwege gebracht hat, so Schäuble, ist der Rücktritt von Oskar Lafontaine.

„Schröder hat keinen Kompaß, sondern eine Wetterfahne.“ Mit diesem Satz zitiert Schäuble die Süddeutsche Zeitung und macht am Beispiel der Arbeitslosigkeit das Prinzip Schröder deutlich:

- Als niedersächsischer Ministerpräsident hat er gerufen: Bonn ist schuld.
- Als Bundeskanzler sagt er: Brüssel ist schuld.
- Schäuble: Bleibt abzuwarten, wann er die UNO für die deutsche Arbeitslosigkeit verantwortlich macht.

Die CDU will Freiheit und Verantwortung, Wohlstand und Arbeit für alle. „So haben wir deshalb nicht gewettet!“ – daß zu einer wachstumsfeindlichen Wirtschaftspolitik bereits bei der ersten Gelegenheit auch noch die Bereitschaft der Bundes-

regierung kommt, von der strikten Einhaltung der Kriterien einer stabilen europäischen Währung abzuweichen.

„Der Euro spricht nicht deutsch“, hat Schröder gesagt und damit geglaubt, aus der Verantwortung entlassen zu sein. Wolfgang Schäuble: „So geht das aber nicht. Der Euro muß sich nach dem Vorbild der Stabilität der DM richten. Jede Abweichung davon, die die Regierung Schröder zuläßt, zeigt nur einmal mehr: Sozialisten können nicht mit Geld und Geldwert umgehen.“

Großer und nicht enden wollender Beifall für den Schlußappell des Parteivorsitzen- den: Kampf um jede Stimme! Wahlkampf bis zum letzten Augenblick! Wenn SPD und Grüne am 13. Juni die Wahl verlieren, werden sie bei der Regelung der 630-Mark-Jobs einknicken, wie sie nach dem 7. Februar in Hessen bei der Neuregelung der Staatsbürgerschaft eingeknickt sind.

Wolfgang Schäuble: „Sie strahlen jetzt schon keine Zuversicht aus. Eine weitere Niederlage wird sie noch mehr entmutigen und ihnen die Durchsetz ung ihrer verfehl- ten Politik immer schwerer machen.“



**...richtig
feiern**



Landwirte können mit ihrer Stimme die europäische Agrarpolitik mitgestalten

Zur bevorstehenden Europawahl erklärten der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr und der Europaabgeordnete Reimer Böge:

Viele Landwirte sind gerade jetzt enttäuscht von Europa. Bundeskanzler Schröder und Landwirtschaftsminister Funke haben bei der Agenda 2000 schlecht verhandelt. Den Landwirten stehen erhebliche Preissenkungen für ihre hochwertigen Produkte ins Haus: minus 15 Prozent bei Getreide, minus 20 Prozent bei Rindfleisch und minus 15 Prozent bei Milch. Bei der Milchquote hat Bundeslandwirtschaftsminister Funke eine Aufstockung von 2,4 Prozent hinge- nommen, von der vor allem italienische, spanische, griechische und irische Milch- produzenten profitieren.

Die deutschen Bauern gehen fast leer aus. Dafür steigt für sie der Preisdruck durch die Produktionsausweitung in Europa nochmals an. Der angebotene Ausgleich über weitere Direktzahlungen und Prämi- en gleicht die Einkommensverluste nicht annähernd aus. Die Landwirtschaft muß statt dessen mit einem völlig bürokratischen Prämiensystem fertig werden.

Das Verhandlungsergebnis geht auf das Konto der Bundesregierung, es ist aber kein Grund, sich von Europa abzuwenden. Denn gerade die deutsche Landwirtschaft profi- tiert von der Europäischen Union und dem großen europäischen Binnenmarkt, der ihr als drittgrößtem Agrarproduzenten Europas hervorragende Absatzchancen bietet.

Schon heute ist klar, daß die Agenda 2000 keinen Bestand haben wird. Die Auswir-

kungen auf die Landwirtschaft sind untrag- bar. Auch ist keines der übergeordneten Probleme gelöst. Der deutsche Netto- Beitrag sinkt nicht entscheidend, die EU- Agrarpolitik wird teurer statt billiger, die Subventionen steigen, und der politisch gebotene Beitritt der mittel- und osteuro- päischen Länder zur EU kann mit diesem Modell nicht finanziert werden.

Europa richtig machen

Die CDU sagt: „Europa muß man richtig machen!“ Sie hat ein klares Konzept für die EU-Agrarpolitik:

- Wir wollen, daß die Agenda 2000 mög- lichst unbürokratisch umgesetzt wird und Härten vermieden werden.
- Wir wollen so schnell wie möglich Kurskorrekturen einleiten. Wir brauchen in Europa statt einer Prämienswirtschaft à la Funke und Fischler wieder eine stärker marktorientierte Politik.
- Wir wollen mehr nationale und regiona- le Spielräume in der Agrarpolitik. Wir set- zen uns für eine nationale Kofinanzierung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen ein. Nur so kann der EU-Agrarhaushalt nachhaltig entlastet, der zu hohe deutsche Netto-Beitrag zur EU gesenkt und die Osterweiterung der EU ohne Nachteile für die deutschen Bauern finanziert werden.
- Wir wollen, daß die EU bei der schon in diesem Jahr beginnenden WTO-Runde hart im Interesse unserer Landwirtschaft ver- handelt, einen ausreichenden Außenschutz und unsere hohen Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutzstandards absichert.

Das Kriegsverbrechertribunal steht vor einer entscheidenden Bewährung

Zur Anklageerhebung gegen Präsident Milosevic durch das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

Die Anklage Milosevics vor dem Haager Kriegsverbrechertribunal befriedigt sicher das Rechtsempfinden vieler Menschen, vor allem der Kosovo-Albaner. Auch die NATO kann sich in der moralischen Begründung ihrer Aktionen bestätigt sehen. Gleichzeitig werden die Bemühungen um eine diplomatische Lösung jedoch erschwert.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß aufgrund der Anklageerhebung die Führung in Belgrad abgesetzt wird. Eher

wird Milosevic kurzfristig gestärkt daraus hervorgehen. Insofern stellt sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft. Statt mit ihm zu verhandeln, müßte sie eigentlich alles unternehmen, um Milosevic vor das Kriegsverbrechertribunal zu bringen. Doch sie wird wohl der russischen Linie folgen müssen. Das stellt die demokratischen Staaten vor das bekannte Dilemma von Moral und Politik. Das Ziel der Politik jedoch, der Friede, ist eine moralische Forderung.

Mit dem Zeitpunkt der Anklageerhebung hat sich das Gericht keinen guten Dienst erwiesen. Das Jugoslawien-Kriegsverbrechertribunal steht vor seiner entscheidenden Bewährung.

Eine starke Vertretung landwirtschaftlicher Interessen, wie sie von den CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament gewährleistet wird, ist dringend geboten.

Die Europakandidaten der CDU stehen zur Landwirtschaft. Viele von ihnen sind selbst Landwirtinnen und Landwirte.

Die Europawahl ist zudem eine gute Gelegenheit, die wahre Stimmung im Land deutlich zu machen. Die Kürzungen und Belastungen, die Rot-Grün den bäuerlichen Familienbetrieben bereits in diesem ersten Regierungsjahr zumutet, sind beispiellos.

Die Landwirtschaft verliert in schwieriger Zeit in Milliardenhöhe durch Steuerreform, Ökosteuer und Kürzungen bei der Investitionsförderung und bei der Unfallversicherung. Dies darf so nicht weitergehen.

Norbert Blüm soll Menschenrechtskommissar des Europarats werden

In einem Brief hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, im Namen der CDU den Bundeskanzler gebeten, für die Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

Wolfgang Schäuble: „Norbert Blüm ist ein in Menschenrechtsfragen weit über Deutschland hinaus bekannter und profilierter Politiker, der auch in den anderen Mitgliedstaaten hohes Ansehen genießt. Mit diesem Vorschlag würde die Bundesrepublik Deutschland verdeutlichen, daß sie dem neu geschaffenen Amt des Menschenrechtskommissars hohe Bedeutung zumißt.“

Norbert Blüm:

Vier Tage bei Cap Anamur

Ich war 4 Tage an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo im Lager von Cap Anamur. Unbeschreibliches Elend. Im Lager Trennungsschmerz und Heimweh.

Trennungsschmerz, weil die meisten Familien getrennt sind. Mütter mit Kindern, aber ohne den Vater, und Väter ohne Mutter und Kinder. Die serbischen Barbaren haben die Familien auf der Flucht auseinandergerissen. So machen die das: Immer nur Quälen!

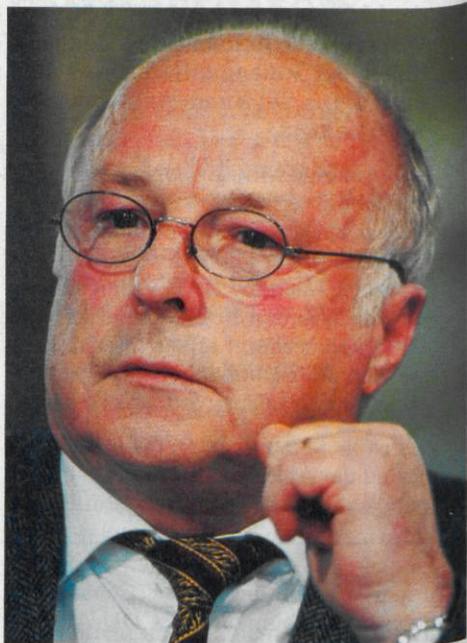
Jetzt wissen die Familien nichts mehr voneinander. Lebt der Vater noch? Leben die Kinder, lebt die Ehefrau? Wo sind sie, wenn sie noch leben? Das sind die Fragen, welche die Flüchtlinge Tag und Nacht quälen.

Aber alle eint der ungebrochene Wille: Zurück in die Heimat. Doch die Heimat ist zerstört. 35 Jahre hatte er an seinem Haus gebaut, erzählt einer aus dem Kosovo. In Landau hat er gearbeitet. Innerhalb von 35 Minuten sei das Haus abgebrannt. Angezündet von den Serben. Eine Frau mit drei Kindern wankt erschöpft über die Grenze. Ihr viertes Kind ist ein paar Kilometer vorher erschossen worden.

Kein Tag darf verloren gehen

Am Ende dieses Jahrhunderts der Grausamkeiten gibt es noch immer Völkermord und Vertreibung. Werden die Menschen nicht klüger?

Wenn bis spätestens Ende August nicht klar ist, daß die Kosovaren in ihre Dörfer zurückkehren können, dann wird Verzweiflung ausbrechen. Den Winter können die Vertriebenen nicht in ihren Zelten überstehen. Dann wird eine Flüchtlingswelle entstehen und Europa heimsuchen.



Norbert Blüm: „Wenn man weiter Milosevic täglich sagt, was man alles nicht machen wird, dann soll man sich nicht wundern, daß er weiter Zehntausende Kosovaren vertreibt.“

Deshalb: der Friede im Kosovo muß schnell kommen.

Und die Heimkehr muß nicht erst vorbereitet werden, wenn die politische Lösung da ist. Die notdürftigsten Baumaterialien müssen jetzt bereitgestellt werden, damit die Ruinen schnell wenigstens notdürftig hergerichtet werden können. Ein Dach überm Kopf, ein Ofen, wenn es sein muß im Keller, dafür müssen jetzt Vorbereitungen getroffen werden. Baumaterialien müssen bereitstehen, wenn die Zeit der

Rückkehr da ist. Kein Tag darf verloren gehen.

Not macht erfinderisch. Bürokraten haben keine Einfälle. Kosovo ist kein Normalfall und deshalb keine bürokratisch zu bewältigende Aufgabe.

Die Kosovaren haben Lebenswillen und Solidarität. Das ist mehr wert als Geld. Aber Unterstützung brauchen sie auch. Das ist unser Anteil an der Befriedung des Kosovo.

Auch Lichtblicke

Im Dunkel des Elends sind auch Lichtpunkte. Im albanischen Grenzgebiet haben die Einheimischen den Flüchtlingen die Türen geöffnet. 40 Flüchtlinge bei einer 7-köpfigen Familie habe ich erlebt. Und ein kleines Dorf – 2 km von der Grenze entfernt – hat doppelt so viele Vertriebene aufgenommen, wie es bisher Einwohner hatte, und es teilt jetzt seine spärlichen Wasserquellen mit den Dazugekommenen. Das sind Lichtblicke der Menschlichkeit in einer dunklen Zeit.

Wenn man Milosevic täglich sagt, was man alles nicht machen wird ...

Norbert Blüm und Rupert Neudeck sind am 31. Mai in Tirana von Ministerpräsident Majko und Präsident Professor Mejdani zu Gesprächen empfangen worden.

Blüm und Neudeck dankten Albanien für die Bereitschaft über 550.000 Kosovo-Flüchtlinge aufzunehmen. In den Gesprächen brachten sie den Wunsch zum Ausdruck, den Rückkehrwillen der Kosovo-albaner nicht zu beschädigen.

Die Europäer sollten nicht dauernd ihre Schwächen zugunsten von Milosevic beschwören, sondern aktiv für die Flücht-

linge eine Rückkehrperspektive für diesen Sommer entwickeln.

Dazu gehört:

die Benennung eines europäischen Repräsentanten für den autonomen Kosovo; ein Rückkehrkommissar, der den Flüchtlingen die notwendigen Ausweise gibt; eine Minenräumerei; die Einrichtung von Bauhöfen aus Skopje (Mazedonien), Sofia (Bulgarien) und Tirana (Albanien) heraus.

Norbert Blüm: „Wenn man weiter Milosevic täglich sagt, was man alles nicht machen wird, soll man sich nicht wundern, daß er weiter Zehntausende Kosovaren vertreibt.“

Norbert Blüm übernachtet bei Vertriebenen in Kukes

Als erster europäischer Politiker hat Norbert Blüm vom 29. zum 30. Mai im Camp von Cap Anamur für Vertriebene aus dem Kosovo in Kukes/Albanien übernachtet. Bei einer Kundgebung im Camp hat er den 5.490 Vertriebenen die Sympathie der Deutschen für ihren phantastisch starken Rückkehrwillen und das Mitleid der Deutschen mit ihrem furchtbaren Leid überbracht, das im ruhigen und friedlichen Deutschland kaum vorstellbar ist.

Viel mehr als nur eine freundliche Geste

Für diese geschundenen Menschen ist es viel mehr als eine freundliche Geste, daß Norbert Blüm zwei Nächte bei ihnen im Camp übernachtet und nicht nach einer Stunde Durchmarsch wieder verschwindet.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Dirigismus und Rationierung statt Eigenverantwortung

Die von Rot-Grün geplante „Gesundheitsreform 2000“ wird den Herausforderungen nicht gerecht. Auch in der Gesundheitspolitik verfolgt die Schröder-Regierung einen Kurs in Richtung mehr Steuerung und Umverteilung. Statt besserer Versorgung und geringerer Beiträge gibt es Budgetierung und Rationierung.

- Mit der Einführung des Globalbudgets soll die falsche Politik einer Budgetierung fortgesetzt und festgeschrieben werden, obwohl die Erfahrungen der Vergangenheit gelehrt haben, daß Budgetierung mittelfristig zu einer Rationierung von Leistungen nach ökonomischen statt nach medizinischen Gesichtspunkten führt. Eine Zwei-Klassenmedizin ist unvermeidbar.

- Die geplante Positivliste gefährdet die Therapieviefalt. Sie würde etwa ein Drittel der heutigen Medikamente aus der Leistungspflicht der gesetzlichen Krankenversicherung ausschließen. Patienten müssen damit diese Medikamente aus eigener Tasche zahlen. Listenmedizin ist der falsche Weg.

- Die Pläne, den direkten Weg der Versicherten zur fachärztlichen Versorgung zu erschweren oder durch höhere Beiträge zu bestrafen, sind ein weiterer Schritt zur Entmündigung der Patienten und zu mehr Dirigismus im Gesundheitswesen. Daraus spricht ein tiefes Mißtrauen gegenüber dem Urteilsvermögen der Patienten und der Kompetenz und Zuverlässigkeit der Fachärzte.

Ministerin Fischer verspricht mehr Vorsorge, geringere Eigenbeteiligung und besserer Versorgung und will zudem stabile Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung zusichern. Das ist die Quadratur des Kreises. Schon die ersten Schritte der Gesundheitsministerin, die Senkung der Zuzahlungen, gingen in die falsche Richtung. Die Kosten für Medikamente sind dadurch in den ersten Monaten weit in die Höhe geschneilt. Die Krankenkassen befürchten heute schon ein Defizit zum Jahresende von bis zu 8 Milliarden DM für alle Kassen. Steigende Beiträge sind damit vorprogrammiert.

Die Europawahl ist eine gute Gelegenheit, der Schröder-Regierung für verfehlte Politik einen Denkkzettel zu geben.

Die Union hat in der Vergangenheit durch die finanzielle Konsolidierung der Gesetzlichen Krankenversicherung die Voraussetzungen für eine umfassende Reformdiskussion geschaffen. Daran müssen wir anknüpfen. Wir wollen ein freiheitliches Gesundheitswesen, in dem Versicherte ihre Krankenkasse, ihren Arzt frei wählen und sich für verschiedene Gestaltungsformen medizinischer Versorgung entscheiden können. Nicht die Bevormundung durch den Staat oder die Krankenkasse, sondern die Stärkung der Eigenverantwortung muß das Ziel einer humanen, patientenorientierten Gesundheitspolitik sein.

Rot-Grün will Systemwechsel in der gesetzlichen Krankenversicherung

Aus Anlaß der Vorstellung des Referententwurfs der „GKV-Gesundheitsreform 2000“ erklärte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundstagsfraktion, Wolfgang Lohmann:

Angesichts eines 300-seitigen Mammutgesetzes kann eine Gesamtanalyse der rot-grünen Gesundheitsreform noch nicht erfolgen. Gleichwohl kann bei nur kursorischer Prüfung festgestellt werden, daß heute kein guter Tag für die Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung ist. Mit der Vorlage des Referententwurfs der Gesundheitsreform 2000 wird der bereits mit dem Vorschaltgesetz eingeleitete Systemwechsel weiter vorangetrieben. **Systemwechsel** deshalb, weil jahrzehntelange Grundsätze wie die freie Arztwahl und die Therapiefreiheit des Arztes schleichend ausgehöhlt werden. **Schleichend**, weil Rot-Grün mit schönen Worten der Bevölkerung das Gegenteil einzureden versucht. Vorgeblich will man für Kranke nur das Beste: Die Qualität der Versorgung soll verbessert, angeblich unzumutbare Zuzahlungen sollen reduziert, Patientenrechte sollen gestärkt, und neue Rehabilitations- und Präventionsleistungen sollen eingeführt werden. Gleichzeitig erklärt Schröder die Beitragssatzstabilität zum wichtigsten Reformziel.

Und wie ist die Realität?

Schröders Wunsch nach stabilen Beiträgen wird sich laut Aussagen der Kassen kaum erfüllen. Nach deren Berechnungen steht uns zum Jahresende ein Defizit von bis zu 8 Mrd. DM ins Haus. Die Verantwortung dafür trägt die Schröder-Regierung, die mit dem unseligen GKV-Vorschaltgesetz milliardenschwere Belastungen für die GKV zum 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt hat. Dieses Defizit wird sich

durch die Gesundheitsreform 2000 nach Aussagen der AOK-Baden-Württemberg weiter erhöhen, da nach deren Berechnung weitere 8 Mrd. DM Mehrausgaben auf die Kassen zukommen. Selbst wenn es nur die Hälfte wäre, drohen im Jahr 2000 Beitragssatzanhebungen. Da diese laut Schröder unter allen Umständen verhindert werden müssen, dürfen sich alle Beteiligten spätestens zum 4. Quartal auf eine brutale Kostendämpfung einstellen, der dann alle guten Vorsätze zum Opfer fallen.

Konkret bedeutet dies: Da die Ausgaben für Arznei- und Heilmittel im 1. Quartal 99 im Milliardenbereich über den Budgetvorgaben lagen, muß dieser Betrag bis zum Jahresende eingespart werden. Da der Arzt mit seinem Einkommen für Budgetüberschreitungen haftet und er diese Haftung nur mit Weniger- oder Nichtverschreibung von Arznei- und Heilmitteln abwenden kann, ist nicht nur die medizinische Versorgung der Bevölkerung in erheblichem Umfang eingeschränkt, sondern auch von Therapiefreiheit kann keine Rede mehr sein. Hinzu kommt eine Art von Zuteilungsmedizin in Gestalt der Positivliste, in der Staatsmediziner der Bevölkerung sagen, was gut für sie ist. Das hohe Gut der freien Arztwahl wird durch zwei Entscheidungen in die Zange genommen: die rot-grüne Art der Stärkung der Hausärzte verteuert den Facharztbesuch und die geplante Integrationsversorgung ist ein erster Schritt zu Einkaufsmodellen, bei denen die Kassen den Patienten vorschreiben, welche Ärzte sie aufsuchen können.

Diesen Systemwechsel macht die Union nicht mit. Gemeinsam mit den von der CDU geführten Ländern werden wir in den kommenden Wochen unsere Gegenvorstellungen festlegen. ■

Patienten sind die Leidtragenden

Zum Referentenentwurf der Koalition zur Strukturreform im Gesundheitswesen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues:

Innerhalb weniger Monate ist unser finanziell stabiles und verlässliches Gesundheitswesen durch die gesetzlichen Maßnahmen und das unsägliche Hin und Her der rot-grünen Koalition auf einen verhängnisvollen Kurs gebracht worden. Dieser Kurs ist geprägt von Budgetierung, Reglementierung, Bürokratisierung und drohenden Defiziten. Alle freiheitlichen Elemente der gesetzlichen Krankenversicherung werden ausgemerzt und die Macht alleine in die Hände der Krankenkassen gelegt. Am Ende dieses Weges steht eine Staatsmedizin, wie sie aus anderen Ländern bekannt ist. Mangelverwaltung, Rationierung von Gesundheitsleistungen und Verluste von Arbeitsplätzen im Gesundheitswesen werden das Ergebnis sein. Die Verlierer dieser Gesetzespläne sind die Patienten, insbesondere die sozial Schwachen, die sich Gesundheitsleistungen nicht anderweitig beschaffen können.

1997 und 1998 hatte die gesetzliche Krankenversicherung noch Überschüsse von über 1 Mrd. DM jährlich und ist mit finanziellen Reserven von 9 Mrd. DM in das Jahr 1999 gestartet – und dies mit Ausnahme des Arzneimittelbereichs ohne Budgets. Angesichts dieser günstigen finanziellen Ausgangsbedingungen, die die frühere Bundesregierung hinterlassen hat, sind die überstürzten und unausgegorenen Gesetze der rot-grünen Koalition völlig unverständlich. Daß diese Taschenrechnerpolitik nicht funktionieren kann, sieht man an der sich bereits jetzt abzeichnenden defizitären Entwicklung im 1. Quartal 1999 und den Prognosen der Krankenkassen über ein Defizit von bis zu 8 Mrd. DM für

1999. Und dies trotz Einführung von flächendeckenden Budgets mit dem Vorschaltgesetz. Dies zeigt, daß Budgets zur Ausgabensteuerung untauglich sind.

Trotzdem setzt die rot-grüne Koalition mit der geplanten Strukturreform ihre Budgetierungs- und Reglementierungsgorgie fort. Die Bundesregierung opfert so den Hauptzweck der gesetzlichen Krankenversicherung – nämlich die Sicherstellung einer erstklassigen medizinischen Versorgung – dem Primat einer zentralistischen Kostendämpfungspolitik. Die Leidtragenden sind die Patienten, denn dadurch wird an deren medizinischer Versorgung gespart.

Kommentare

Bereits heute Makulatur

Die Gesundheitsreform von Andrea Fischer ist bereits heute Makulatur. Wahrscheinlich muß die Ministerin ihr Gesetz nachbessern, bevor es überhaupt Anfang kommenden Jahres in Kraft tritt. Denn die Kosten im Gesundheitswesen – vor allem die Arzneiausgaben – laufen derzeit wieder einmal aus dem Ruder. Bis zum Jahresende erwarten die Krankenkassen ein Defizit von bis zu acht Milliarden Mark. Und auch danach dürfte dieser Trend anhalten.

Es ist nämlich pure Illusion zu glauben, die Ausgabendynamik im Gesundheitswesen ließe sich auf administrativem Wege bremsen. Genau darauf läuft aber die Reform Fischers hinaus. Ihr Globalbudget, das künftig vorschreibt, wieviel für Arzneien, Operationen, Kuren und Arztbesuche ausgegeben werden darf, wirkt allenfalls vorübergehend. Über kurz oder lang läßt die verordnete Kostendisziplin nach – und die Politik muß ihre Vorgaben revidieren. Wer will sich schon den Vorwurf

Sport geht bei Gesundheitsreform leer aus

Der sportpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zum Gesetzentwurf von Rot-Grün zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung:

Als reines Wahlkampfgetöse und leere Versprechungen erweisen sich die Ankündigungen der SPD-Sportpolitiker, gesundheitliche Prävention in Sportvereinen durch die gesetzlichen Krankenkassen fördern zu lassen. Nichts davon ist im vorliegenden Gesetzentwurf zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung zu finden. Die Krankenkassen sind lediglich gehalten, über präventive gesundheitliche Maßnahmen der Sportvereine zu informieren, aber nicht einen finanziellen Beitrag zu leisten. Dies aber war eine

Kernforderung der SPD und des Bundeskanzlers.

Der Sport hat bei Rot-Grün keine guten Karten. Die gesetzlichen Neuregelungen zu 630-DM-Jobs und zur Scheinselbständigkeit belasten Sportvereine und ehrenamtlich Tätige zusätzlich und erheblich, statt versprochener 100 Mio DM gibt es für den „Goldenen Plan Ost“ nur 15 Mio DM und kein Geld für gesundheitliche Prävention. Wer den Sport so verschaukelt, mißachtet die Grundregeln des Sportes: Anstand und Fairneß.

Die Sportpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden durch entsprechende Initiativen Rot-Grün zwingen, endlich Farbe zu bekennen.

machen lassen, er gefährde die medizinische Versorgung. Damit droht, was Andrea Fischer auf keinen Fall will: ein Anstieg der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Welt

In die falsche Richtung

Unter dem Druck von Bundeskanzler Gerhard Schröder haben sich die rot-grünen Gesundheitsexperten mit leichter Verspätung auf ein Reformpaket für das Krankenkassensystem verständigt. Für Schröder und seine Koalition ist dies schon ein Erfolg an sich, signalisiert die Vorlage eines gemeinsamen Gesetzentwurfes nach dem bisherigen Hickhack in der Steuer- und Sozialgesetzgebung doch Reform- und Handlungsfähigkeit dieser Regierung in einem wichtigen Feld der Politik.

Die Instrumente aber, die sie anbieten, um diese Aufgaben zu meistern, weisen in die falsche Richtung oder sind wenig überzeu-

gend. Die Reformer setzen nicht auf mehr Wettbewerb zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit, sondern auf die dirigistische Steuerung des Systems, die durch immer mehr Vorgaben und Kontrollen gesichert werden soll.

Handelsblatt

Frau Fischers falsche Rezepte

Heilberufe und Krankenhäuser warnen: Wenn die Ausgaben der Kassen – und das sind ihre Einnahmen – budgetiert werden, dann sind Einschränkungen bei den Leistungen für die Kassenversicherten sicher vorherzusagen. Die Patienten müssen befürchten, künftig nicht mehr die bestmögliche Behandlung zu bekommen. Wer zusätzlich aus der eigenen Tasche etwas für die Behandlung aufzubringen in der Lage ist, kann mit größerer Zuwendung rechnen. Frau Fischers Rezepte für die Reform können diesem Fehler ihres Entwurfs nicht abhelfen.

Stuttgarter Zeitung

Generalsekretärin Angela Merkel:

Deutschland ist doch kein Experimentierlabor

„Wir müssen versuchen, in Deutschland mehr Menschen Arbeit zu geben. Diesem Anspruch muß auch das 630-Mark-Gesetz genügen“, erklärte Generalsekretärin Angela Merkel auf einer Großkundgebung des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands am 31. Mai in Bonn.

Über 3.000 Betroffene trafen sich auf dem Bonner Münsterplatz, um ihren Protest gegen die rot-grüne Regierungskoalition auszudrücken. Unter dem Beifall der Zuhörer sagte Merkel, „der einzige Gewinner dieser Neuregelung ist die Bürokratie, die durch die neue bürgerfeindliche Überregulierung eigentlich ein paar tausend Arbeitsplätze schaffen müßte, um das Chaos, das man angerichtet hat, wenigstens zu ordnen“. Es sei schon „welfremd, kurz vor der Biergartenzeit der Gastronomie das Arbeiten fast unmöglich zu machen“.

Konzepte daraufhin prüfen, ob sie geeignet sind, Arbeitsplätze zu schaffen

In wenigen Tagen würden sich in Köln die Staats- und Regierungschefs treffen, um über den europäischen Beschäftigungspakt zu beraten. Danach müssen „Konzepte wie Einzelmaßnahmen der Politik daraufhin geprüft werden, ob sie geeignet sind, das Entstehen neuer Arbeitsplätze zu fördern und bestehende Arbeitsplätze zu sichern“.

Fraglich sei, wie der Bundeskanzler einem solchen Text zustimmen wolle, während er gleichzeitig „Hunderttausende aus ihren Jobs“ vertreibe. Die Rede der Generalse-

ekretärin fand lauten Beifall bei den Zuhörern. Sie fuhr fort: „Das eigentliche Problem in Deutschland ist der Preis der Arbeit.“ Von daher könne ein langfristiger Abbau der Arbeitslosigkeit nur dann erfolgen, wenn die Arbeit bezahlbar bleibe.

Im Bundesrat zugestimmt, obwohl sie wußten: Das ist falsch!

Im Bundesrat hätten die „Ministerpräsidenten Clement und Glogowski dem 630-Mark-Gesetz zugestimmt, obwohl sie genau gewußt haben, daß es falsch ist“. In der gleichen Minute, in der das Gesetz beschlossen worden sei, hätte Rot-Grün „auf Steuerzahlers Kosten eine Kommission eingesetzt und ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen beauftragt“, um feststellen zu lassen, „welche schädlichen Nachteile die 630-Mark-Regelung“ habe. So könne man keine seriöse Politik betreiben, denn „Deutschland ist kein Experimentierlabor, und wir sind keine Versuchskaninchen“.

In ihren Schlußworten rief die Generalsekretärin die Demonstranten auf, nicht nachzugeben und die Bundesregierung auch über den Stimmzettel auf den Weg der Vernunft zurückzuführen.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Karl Heinz Däke, forderte die Bundesregierung auf, zur alten 630-Mark-Regelung zurückzukehren: „Ein total unbrauchbares Gesetz gehört in den Reißwolf“, rief er in die Menge. Das Gesetz sei ein Flop: „Da helfen auch keine Nachbesserungen.“

Das Maß ist voll

Zum Tablett griff Generalsekretärin Angela Merkel am 26. Mai in einer Bonner Gaststätte und brachte mit dieser ungewöhnlichen Aktion den Protest von Kellnerinnen und Kellnern, aber auch vieler Kunden gegen die Neuregelung des 630-Mark-Gesetzes zum Ausdruck.

„Tausende von Arbeitsplätzen in der Gastronomie“ wird dieses Gesetz vernichten – so die Generalsekretärin. Aber: Selbst wenn sich die Sache noch eine Weile hinziehen wird, „das Gesetz wird geändert“, versprach sie einer Kellnerin, die kürzlich ihre Kellnerstelle aufgegeben hatte, weil sich ihre Arbeit nach dem neuen Gesetz „nicht mehr für sie rechnet“.

Rund 40 Prozent seiner Aushilfen seien abgesprungen, darunter einige Spitzenkräfte, erklärte der Gastwirt. Anderen Mitgliedern des Hotel- und Gaststätten-gewerbes gehe es ähnlich. „Das Maß ist voll“ lautet das Motto einer Kundge-

bung, die auf dem Münsterplatz in Bonn stattfinden soll: „Der Protest muß spürbar sein.“

Angela Merkel, die ihren Besuch in der Bonner Gastwirtschaft auch dazu nutzte, um mit Kunden ins Gespräch zu kommen: „Das Gesetz muß weg. Die CDU geführten Länder im Bundesrat werden Monat für Monat einen entsprechenden Antrag stellen.“



630-Mark-Gesetz löst erste Kündigungswelle aus

Nach Angaben vom Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungs-Warenhäuser (BFS) haben sich Anfang Mai bereits 15 Prozent der auf 630-Mark-Basis Beschäftigten in „gekündigtem Zustand“ befunden. Bei dieser „ersten Kündigungswelle“ nach der Gesetzesnovelle handele es sich zum größten Teil um Eigenkündigun-

gen von Arbeitnehmern, die über einen „anderweitigen Hauptberuf“ verfügen, betonte der BFS-Präsident Eugen Viehof am 27. Mai in Bonn. Der Verband stütze sich auf eine Anfang Mai durchgeführte Umfrage unter BFS-Mitgliedsfirmen. Das Nettogehalt für diese Beschäftigten habe sich seit dem 1. April „nahezu halbiert“.

CDA propagiert eigenes Kombilohn-Modell

Der Arbeitnehmerflügel der CDU hat in die Diskussion um Niedrigeinkommen ein eigenes Kombilohn-Modell eingebracht. Es soll Langzeitarbeitslosen durch staatliche Zuschüsse einen Anreiz zur Annahme von Billigjobs geben, ihnen gleichzeitig auch ein akzeptables Einkommen sichern.

„Es wird keine neue Sozialleistung eingeführt, sondern eine teure und zeitlich unbegrenzte Sozialleistung durch einen niedrigeren Einkommenszuschuß abgelöst“, warb der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hermann-Josef Arentz, am 27. Mai in Bonn für seinen Plan. Er forderte die rot-grüne Bundesregierung und die Tarifparteien auf, das Konzept in einem flächendeckenden Modellversuch sechs Jahre lang zu erproben.

Er rechnete vor, der Bundeshaushalt werde dauerhaft allein um etwa 7,5 Milliarden Mark entlastet, wenn nur die derzeit rund 600.000 Langzeitarbeitslosen unter 40 Jahren auf der Basis des CDA-Modells wieder in Arbeit gebracht werden könnten. Da das Potential möglicher Niedriglohn-Arbeitsplätze mit 1,5 bis zwei Millionen weit größer sei, würden die möglichen Einsparungen entsprechend höher ausfallen. Die Grundidee des Modells ist es, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzuführen. Arentz erwartet, daß der Druck auf die Löhne am unteren Ende der Einkommenskala weiter zunimmt. Dies werde zu einer „sozialen Katastrophe“ führen, wenn nichts dagegen getan werde.

Das von Kanzleramtsminister Bodo Hombach favorisierte Konzept der pauschalen

Subventionierung von Niedriglöhnen unter 1.500 Mark und der Teilsubventionierung bis 2.800 Mark monatlich lehnte der CDA-Politiker ab. Der Plan des Kölner Gesellschaftsforschers Wolfgang Streeck führe zu massiven Mitnahmeeffekten, kritisierte Arentz. Die CDA wolle „die weitere Ausbeutung des Steuerzahlers verhindern und keine neuen Subventionsfässer aufmachen“. Arentz sprach von „aktivierender Hilfe“ und von einer „Brücke in den ersten Arbeitsmarkt“.

Besser als reine Sozialleistung

Den Gewerkschaften will die CDA ihr Konzept dadurch schmackhaft machen, daß marktgerechte Niedriglöhne im Fall der Bedürftigkeit den Arbeitnehmer besser stellen als reiner Sozialleistungsbezug. Das Konzept sieht vor, daß Niedriglöhner ein Gesamteinkommen erzielen, das 73/77 Prozent (Ledige/Verheiratete) jenes Nettoeinkommens erreicht, das der Berechnung der Arbeitslosenhilfe zugrunde lag. Der Kombilohn ist damit höher als das Arbeitslosengeld von 60/67 Prozent des letzten Nettoeinkommens und rund ein Drittel höher als die Arbeitslosenhilfe (53/57 Prozent).

Dieser Anreiz dürfe – so die CDA – auch nicht durch Anrechnung auf andere bedürfnisabhängige Sozialleistungen „faktisch aufgezehrt“ werden. In den Genuß des staatlichen Zuschusses soll kommen, wer brutto zwischen 1.302 Mark (Ostdeutschland: 1.092 Mark) und maximal 1.953 (1.638) Mark verdient. In der Festlegung einer unteren Einkommensgrenze sieht Arentz ein Mittel gegen inakzeptabel niedriger Löhne, nicht aber einen gesetzlichen Mindestlohn. ■

Herr Eichel, sparen fängt zuhause an!

Zu den jetzt bekannt gewordenen Plänen von Bundeswirtschaftsminister Müller, im Sommer einen „Wirtschaftsbericht“ vorzulegen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz:

Wirtschaftsminister Werner Müller hat grundsätzlich Recht, wenn er im Sommer einen eigenen Bericht zur Lage der Wirtschaft vorlegen will. Die Einschätzung zur Lage der Wirtschaft liegt schließlich im ureigenen Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums.

Das Vorhaben hat nur einen Haken: Der Wirtschaftsminister tritt damit in Konkurrenz zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung, der jährlich im Januar veröffentlicht wird. Dies ist die Folge einer grundsätzlich falschen Entscheidung, die Finanzminister Eichel

längst hätte korrigieren müssen: Zu Beginn seiner Amtszeit hatte sich Finanzminister Oskar Lafontaine ausbedungen, daß die Zuständigkeit des im Wirtschaftsministerium angesiedelten Jahreswirtschaftsberichts auf das Finanzministerium übertragen wurde. Dieser Schritt war falsch. Das Vorgehen des Wirtschaftsministers zeigt dies jetzt überdeutlich. Im Ergebnis bedeutet dies, daß künftig teure Doppelarbeit geleistet wird – die Kosten trägt der Steuerzahler.

Wenn Bundesfinanzminister Eichel es mit seinem Sparappell an die Ressortkollegen ernst meint, sollte er in seinem Haus damit anfangen und die Zuständigkeiten für den Jahreswirtschaftsbericht – einschließlich der damit verbundenen personellen Entscheidungen – schnellstmöglich wieder dorthin zurück verlagern, wo sie hingehören: ins Wirtschaftsministerium.

Zahl weiblicher Azubis im Handwerk nimmt zu

Immer mehr Frauen lernen ein Handwerk. Wie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) mitteilte, waren im vergangenen Jahr 20,6 Prozent aller Lehrlinge im Handwerk Frauen. Bei den neu abgeschlossenen Lehrverträgen lag der Frauen-Anteil sogar bei 22,9 Prozent.

Friseurin war der beliebteste Ausbildungsberuf bei den Frauen. 92,4 Prozent aller Lehrlinge in dieser Sparte sind Frauen. Gefragt waren auch Augenoptikerin (72,4 Prozent), Konditorin (65,1 Prozent), Zahntechnikerin

(54 Prozent), Bäckerin (23 Prozent). In den klassischen Männerberufen Maler und Lackierer ließen sich 8,9 Prozent Frauen ausbilden.

Auch der Anteil der Frauen an Gesellen- und Meisterprüfungen steigt ständig. Fast 40.000 Handwerkerinnen legten 1998 ihre Gesellenprüfung ab, über 5.000 machten den Meisterbrief. Insgesamt sind 29,9 Prozent der Beschäftigten im Handwerk Frauen. Besonders stark vertreten sind sie in den Bereichen Gesundheits- und Körperpflege (70 Prozent) und Nahrungsmittelhandwerk (58 Prozent).



ROT-GRÜNE GESUNDHEITSREFORM 2000:

DAS CHAOS WIRD ZUM PROGRAMM ERHOBEN

Die Schröder-Regierung hat mit ihren Plänen für eine »Gesundheitsreform 2000« den Weg zu mehr Zentralismus und staatlicher Bevormundung eingeschlagen. Ärzte, Apotheker, Krankenhäuser und Patienten werden mit einem Sammelsurium ideologischer Steuerung und bürokratischer Umverteilung gegängelt:

X Versorgungssicherheit der Patienten gefährdet

Die Einführung eines Globalbudgets ist der falsche Weg. Die Festsetzung einer Obergrenze bei den Gesundheitsausgaben durch die Schröder-Regierung ist willkürlich. Sie führt zur Rationierung von Gesundheitsleistungen. Die Gewährung von ärztlicher Behandlung und von Medikamenten in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht nach medizinischen Erfordernissen, sondern nach Kassenlage ist der Einstieg in die Zwei-Klassen-Medizin.

X Patienten zahlen für therapeutische Lücken

Die Einführung einer Positivliste gefährdet die Therapieviefalt. Rund ein Drittel der heutigen Medikamente sollen künftig nicht mehr von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt werden. Patienten werden damit Medikamente vorenthalten oder sie müssen dafür selbst tief in die eigene Tasche greifen. Listenmedizin ist der falsche Weg.

X Bürokratie gängelt Patienten, Ärzte und Apotheker

Die gesetzliche Krankenversicherung wird durch die Schröder-Regierung zu einem beliebigen Experimentierfeld. Statt besserer Versorgung und geringerer Beiträge gibt es Budgetkürzungen und Rationierung. Die Kürzungen und Belastungen der Schröder-Regierung sind eine Zumutung für die Menschen, die medizinische Betreuung benötigen.

Die rot-grünen Pläne für eine Gesundheitsreform zeigen deutlich, daß die Bundesregierung auch hier das Chaos zum Programm erhebt. Die Europawahl ist deshalb eine gute Gelegenheit, der Schröder-Regierung einen Denkkzettel für ihre verfehlte Politik zu geben. Nutzen Sie deshalb am 13. Juni 1999 Ihre Chance, ein Signal für eine bessere Gesundheitspolitik zu setzen.

CDU



mitten im Leben, mitten in Europa.

Keine Antwort auf höhere Strompreise im Osten

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Möglichkeiten einer Angleichung der Strompreise in Ost- und Westdeutschland“ erklärten der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Michael Luther, und der CDU-Energieexperte, Kurt-Dieter Grill:

Die insgesamt unbefriedigende Antwort macht deutlich, daß das Ziel einer möglichst raschen Angleichung des Strompreinsniveaus zwischen Ost und West von der rot-grünen Bundesregierung offensichtlich nicht mehr nach-

drücklich verfolgt wird. Dies ist eine bedauerliche Entwicklung, die sich nachteilig auf die Wettbewerbssituation ostdeutscher Unternehmen und deren Arbeitsplätze auswirken dürfte.

Die zusätzlichen negativen Folgen durch die Einführung der sog. Ökosteuer für die neuen Länder werden von der Bundesregierung verdrängt. Tatsächlich ist es so, daß die Stromsteuer im Osten voll die Wirtschaft und die Verbraucher treffen wird, während im Westen noch Preisspielräume bestehen. Wir befürchten, daß die Strompreise im Osten damit stärker steigen werden.

Wohnungslosenhilfe: Obdachlose und Nichtseßhafte gleichstellen

Eine Vereinheitlichung der sozialen Hilfe für Nichtseßhafte und Obdachlose hat die Arbeitsgemeinschaft Ambulante Hilfe der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe gefordert.

Ausschlaggebend für die Gewährung von finanzieller und sozialer Hilfe solle nicht die rechtliche Zuordnung zu einem Personenkreis, sondern die Lebenslage der Betroffenen sein, sagte die Sprecherin der Ambulanten Hilfe, Agnes Boeßner, im Rahmen der Bundestagung „Sie suchen, wir bieten“ in Fulda.

Nach dem Bundessozialhilfegesetz sind Obdachlose jene, die innerhalb ihrer bisher bewohnten Stadt obdachlos werden und dort auch bleiben, erläuterte Boeßner. Für sie sind die

Kommunen mit ihren Hilfsprogrammen zuständig. Im Gegensatz dazu fallen sogenannte Nichtseßhafte, die per Definition ohne eine bevorzugte Stadt von Ort zu Ort ziehen, in die Zuständigkeit der Landeshilfen. „Das führt zu unnötigen Ungleichbehandlungen von Menschen, die in derselben Situation leben – nämlich auf der Straße“, sagte Boeßner.

Bundesweit sind nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (Bielefeld) insgesamt 540.000 Menschen ohne festen Wohnsitz, darunter 160.000 Frauen. Zunehmend seien junge Menschen und in Deutschland lebende Ausländer betroffen, hieß es. Ausgangslage der Misere sei in der Regel Arbeitslosigkeit.

Generalsekretärin Angela Merkel:

Es ist klug, sich Rat von seinen Freunden zu holen

Wir Deutschen neigen ja etwas dazu, unsere Angelegenheiten mit dramatischem Ernst, höchster Gründlichkeit und strenger Miene abzuhandeln. Das ist nicht immer hilfreich, wenn wir aus der Betrachtung unserer Vergangenheit und unserer Gegenwart eine Perspektive für die Zukunft gewinnen wollen.

Wir dachten uns deshalb, daß wir diese Diskussion am besten mit Gästen führen, die Deutschland exzellent kennen, aber auch über die Sicht unserer Nachbarn verfügen.

Dieses Jahr haben wir allen Anlaß, unsere Gedanken über unser Selbstverständnis und unsere Zukunft offen auszusprechen und auszutauschen: Wir feiern 50 Jahre Grundgesetz und 10 Jahre Fall der Mauer. In wenigen Monaten werden Parlament und Regierung die Arbeit hier in dieser Stadt aufnehmen.

Die CDU freut sich, daß 10 Jahre nach dem Fall der Mauer die deutsche Hauptstadt Berlin auch wieder Sitz von Parlament und Regierung ist. Ich bin sicher, daß die überwiegende Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner das auch so sieht.

Die geographische Lage ist symbolhaft für die anstehenden Aufgaben: Vollendung der inneren Einheit Deutschlands, Fortführung der europäischen Integration, vor allem die Erweiterung der Europäischen Union um unsere östlichen Nachbarn. Ich denke, Berlin ist der richtige Ort, um hierzu auch die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Berlin ist heute nicht mehr das Symbol für die Zweiteilung Europas, sondern es steht

für die offene Zukunft unseres Kontinents. Meine Hoffnung ist, daß es als Klammer zwischen Ost und West wirken wird. So könnte Berlin zu einem Symbol für die Einheit Europas werden.

Die Umbrüche, die 1989 begannen, sind noch immer in vollem Gange. Die Erfahrung der letzten 10 Jahre hat uns vor ein Paradox gestellt: Während der Kalte Krieg für scheinbare Stabilität sorgte, ist nun, wo der Kalte Krieg vorbei ist, der offene, bewaffnete Konflikt nach Europa zurückgekehrt. Die friedlich errungene Freiheit ist ein Segen für unseren Kontinent, aber sie hat nicht nur schöne Seiten. Wir müssen einsehen: Die Frage „Diktatur oder Demokratie?“ ist mit dem Mauerfall nicht endgültig beantwortet. Um so dringlicher ist es, das demokratische, vereinte Europa mit aller Kraft zu fördern.

Einleitung in die Diskussion über Rolle und Selbstverständnis der Deutschen in einer sich rasch verändernden Welt

Gerade wir Deutschen verdanken der europäischen Integration sehr, sehr viel. Ohne das Vertrauen, das uns Europa genau so wie Rußland und die USA entgegengebracht haben, wäre die deutsche Einheit niemals zustande gekommen. Wir wissen aber auch, daß es nicht nur Sympathien für die Wiedervereinigung gab, sondern auch Sorgen und Ängste. Wird Deutschland nun östlicher, gibt es seine Bindung an den Westen auf, um – wie schon einmal

An der Diskussion beteiligt:

● **Janusz Reiter:** Er kam 1990 als Botschafter Polens nach Deutschland. Heute leitet er das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau. Die deutsche Kultur ist ihm auch aus seinem Studium der Germanistik wohlvertraut, und er kennt die politischen Hintergründe der Wiedervereinigung.

● **François Léotard:** Er war erst Minister für Kultur und Kommunikation, dann Verteidigungsminister in Frankreich. Auch als in Frankreich kritische Stimmen zur Wiedervereinigung laut wurden, hat er die Entwicklung als Freund Deutschlands begleitet.

● **Frau Dr. Krone-Schmalz** erlebte die Wiedervereinigung als ARD-

Korrespondentin in Moskau, bekannt nicht nur als kompetente Journalistin, sondern auch, weil sie einen kritischen Essay geschrieben hat mit dem Titel: „Jetzt mal ehrlich. Ein offenes Wort über Deutschland“.

● **Don Jordan:** Amerikanischer Publizist und Journalist; unter anderem hat er für CBS und NBC gearbeitet; er lebt seit vielen Jahren in Bonn und berichtet von dort aus in sein Heimatland, die Vereinigten Staaten.

● **Cees Nooteboom:** Er hat den Fall der Mauer direkt hier in Berlin miterlebt und seine Erfahrungen mit dieser Stadt, mit Deutschland in mehreren Büchern festgehalten. Die deutsche Seelenlage ist ihm also bestens vertraut.

– zwischen Ost und West hin- und herzuwanken? Wird es zu groß auch für die bewährten föderalen Strukturen? Will es sich nun der Pflichten entledigen, die ihm aus seiner Geschichte erwachsen sind?

Nicht nur im Ausland werden solche Befürchtungen laut, auch hier wird seit der Wiedervereinigung darüber diskutiert. Nicht zuletzt solche Befürchtungen waren es ja, die die Entscheidung für Berlin als Hauptstadt so schwer haben werden lassen.

Neues Selbstbewußtsein erhoffen sich die einen, andere befürchten einen neuen nationalen Größenwahn. Es stimmt schon: Deutschland ist jetzt wieder ein – in Anführungsstrichen – „normaler“ Nationalstaat. Aber ich glaube nicht, daß diese Tatsache etwas Wesentliches zu unserer Identität beitragen kann. Schließlich leben wir im Zeitalter der Europäischen Einigung

und mitten in einer globalisierten Welt. Deutschland ist längst ein kosmopolitisches Land, eingebettet in die NATO und in die europäische Integration. Das sind gute Traditionen, mit denen wir uns Vertrauen erworben haben.

Gelassen und selbstbewußt – in einem Wort: normal soll Deutschland werden. Damit tun wir uns nicht leicht. Ich weiß nicht, ob es uns in Berlin leichter fallen wird, jene Gelassenheit im Umgang mit uns selber zu entwickeln, die wir an anderen Völkern immer so bewundern.

Ich glaube, da ist es ganz klug, uns Rat von unseren Freunden zu holen. Heute Abend wollen wir also nicht „unter uns“ über die ewige Ratselfrage der deutschen Identität streiten, sondern die Rolle unseres Landes mit Blick auf Europa und die Welt diskutieren. ■

Europa im 21. Jahrhundert – was die Nachbarn von Deutschland erwarten

Am Donnerstag, den 27. Mai, fand das 2. Berliner Gespräch der CDU statt. Auch bei dieser Gesprächsrunde kam ein hochkarätiger Kreis zusammen: der ehemalige französische Minister für Kultur und Kommunikation und spätere Verteidigungsminister, François Léotard, die Journalistin und ehemalige Moskauer ARD-Korrespondentin, Dr. Gabriele Krone-Schmalz, der niederländische Dichter und Journalist Cees Noteboom und der amerikanische Journalist und Publizist Don F. Jordan.

Generalsekretärin Angela Merkel leitete die Diskussion mit der Frage nach „der Rolle und dem Selbstverständnis der Deutschen in dieser sich rasch verändernden Welt“ ein. Um diese Frage zu diskutieren, seien Gäste eingeladen, die einerseits über eine exzellente Deutschland-Kennntnis verfügten, andererseits aber auch eine eigene Sichtweise – als Nachbarn und als Beobachter Deutschlands – hätten.

Die Diskussion bewegte sich im Spannungsfeld zwischen Vertrauen in Deutschland und Angst vor Deutschland, zwischen der Hoffnung auf eine deutsche Führungsrolle und den Befürchtungen von zu viel Einfluß, zwischen dem Wunsch nach einem gesunden nationalen Selbstbewußtsein und der Angst vor nationalem Größenwahn.

Von den ausländischen Gästen wurde übereinstimmend geäußert, daß die Kontinuität, mit der Deutschland in der Nachkriegszeit eine europäische und nachbarschaftsfreundliche Politik betrieben habe, das Vertrauen in Deutschland kontinuierlich habe wachsen lassen. Insbesondere Helmut Kohl habe sich als „ehrlicher Makler“ für die deutschen und auch für die europäischen Interessen erwiesen.

Einigkeit bestand auch darin, daß die geographische Lage Deutschlands, die lange Zeit problematisch war, heute eine ganz besondere Chance für Deutschland und für seine Nachbarn darstelle.

Viele Nachbarn haben, ist eine Chance

Janusz Reiter betonte: „So viele Nachbarn zu haben, bedeutet die Chance zu haben, so viele Völker besser als andere zu verstehen; es bedeutet eine ganz besondere Kompetenz zu haben. Die Deutschen können sich glücklich wähnen, daß sie die Chance haben, diese besondere Kompetenz unter den Völkern Europas zu erwerben.“

Aufgrund dieser Kompetenz komme Deutschland in Europa eine Führungsrolle als Vermittler zwischen den Völkern Europas zu. In dieser Führungsrolle hin zu einem europäischen Konsens sei Deutschland von den Nachbarn akzeptiert und anerkannt. Allerdings müsse die „Kultur der Nachbarschaft“ noch stärker gefördert werden, beispielsweise durch entsprechende Angebote an den Universitäten.

Francois Léotard unterstrich die freundschaftliche Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland. Das Vertrauen in Deutschland sei kontinuierlich gewachsen. setze aber voraus, daß Deutschland auch Vertrauen zu sich selbst habe. Ein gesundes Selbstvertrauen ermögliche Deutschland, seine Politik europäisch auszurichten – auf letzteres achte Frankreich, aber auch die anderen Nachbarn, ganz besonders. Léotard betonte in diesem Zusammenhang die Bedeutung der deutschen Kultur – der Musik und der Literatur – und des kulturellen Austausches zwischen Deutschland und Frankreich.

Während die ausländischen Gäste Deutschland vorsichtig zu mehr Selbstbewußtsein ermunterten, forderte Gabriele Krone-Schmalz offensiv ein gesundes und stabiles deutsches Selbstbewußtsein: „Es ist zwar sehr wichtig zu wissen, was die Nachbarn von uns erwarten, es ist aber mindestens genauso wichtig, eine eigenständige Politik zu betreiben, die sich notfalls, wenn man gute Gründe dafür hat, auch über die Erwartungen der Nachbarn hinwegsetzt.“

Dieses Selbstbewußtsein sei von existentieller Bedeutung im Hinblick auf Demokratie und Frieden, so Krone-Schmalz. „Ich halte es für sehr gefährlich, Politik immer nur mit Blick darauf zu machen, was das Ausland davon hält.“ Deutschland müsse sich seiner Größe und seiner Macht endlich bewußt werden, und zwar ohne die deutsche Geschichte zu vergessen und ohne falsche Selbstzufriedenheit oder Selbstüberschätzung, forderte Krone-Schmalz. „Es dürfe sich in der Bevölkerung nicht der Eindruck festsetzen, daß die Deutschen im Interesse der Nachbarn zurückstecken.“ „Die Erwartungen der Nachbarn zu kennen, ist sehr wichtig; es ist aber etwas anderes, sich immer danach zu richten.“

Don F. Jordan sieht Amerika als einen engen Nachbarn von Europa. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Interessen stünden sich Europa und Amerika allerdings wie „zwei Festungen“ gegenüber. Im Blick auf Zölle und Handelsbeschränkungen seien sie keine „freundschaftlichen Nachbarn“. Europa und vor allem auch Deutschland müsse sich auf den internationalen Wettbewerb einstellen. Solange es in Deutschland Gesetze wie das Ladenschlußgesetz oder das Gesetz gegen „Scheinselbständigkeit“ gebe, sei das Land noch weit von einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit entfernt. „Wenn Sie mit uns in das neue Jahrtausend wollen – und Sie werden es wohl müssen –, dann werden Sie sich an die globalisierende Welt anpassen müssen“, so Jordan.

Politisch seien die Europäer nicht in der Lage, so Jordan, „ihr eigenes Haus Europa“ aus eigener Kraft in Ordnung zu halten. Dafür würden die Amerikaner gebraucht. „Was wir darum von Europa erwarten, ist eine gewisse Solidarität und hinsichtlich der amerikanischen Gelder, die nach Europa fließen, auch eine gewisse Gefolgschaft. If we pay, you play our music“, resumierte Jordan die Erwartungen Amerikas an Europa.

Immer noch in der Mache

Deutschland nach der deutschen Wiedervereinigung wird von Cees Noteboom aufgrund seiner persönlichen Beobachtungen folgendermaßen beurteilt: „Deutschland ist nicht fertig, es ist uralt, aber immer noch in der Mache“. Mit Herder, der von Nationen wie von Charakteristiken, von Persönlichkeiten spricht, fragt er: „Die Persönlichkeiten Frankreichs und Englands sind fertig, erwachsen, wir kennen sie. Aber kennen wir Deutschland? Kennt es sich selbst? Weiß es, was es werden will, wenn es einmal groß ist?“

Noteboom würdigte die Verdienste von Adenauer und Kohl hinsichtlich der europäischen Einigung. Die aktuelle Frage sei heute: „Sind wir dabei, den Osten zu gewinnen oder zu verlieren? Und wie weit geht der Osten?“

Nach Ansicht Notebooms hätte Deutschland hinsichtlich des Kosovo-Krieges eine führende Rolle bei der Lösung des Konfliktes spielen sollen. Wie Krone-Schmalz ist auch er der Meinung, Deutschland habe sein internationales Gewicht für eine friedliche Lösung im Kosovokonflikt nicht richtig eingesetzt.

Neben den Wünschen an Deutschland wurden auch Wünsche an die Nachbarn Deutschlands formuliert. Reiter: „Deutschland darf von seinen Nachbarn nicht mit der deutschen Geschichte unter Druck gesetzt und zum Erreichen eigener Interessen mißbraucht werden.“

Langfristig sichere Energieversorgung gestalten

Zur Vorstellung der Energiepolitischen Thesen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf dem energiepolitischen Kongress in Bonn erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Kurt-Dieter Grill:

Für Wirtschaft, Verbraucher und Umwelt ist eine langfristige, an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte Energiepolitik von großer Bedeutung. Die CDU/CSU geht davon aus, daß

- sich nur aus internationalen und europäischen Rahmenbedingungen eine nationale Energiepolitik formulieren läßt,

- in diesem Zusammenhang den Zielen des weltweit vereinbarten Klimaschutzes eine hohe Priorität zukommt,

- auf der Basis der vorhandenen Energieversorgung einschließlich der Kernenergie eine langfristige Energiepolitik gestaltet werden kann,

- glaubwürdig nachgewiesen werden muß, welche Potentiale durch Energiesparen und erneuerbare Energien bis etwa 2010 zunächst erschlossen werden können,

- die Liberalisierung der Energiemärkte einen ökonomischen und ökologischen Vorteil für Wirtschaft und Verbraucher bringt. Die Liberalisierung beschränkt gleichzeitig aber auch den unmittelbaren Einfluß von Politik. Langfristige Orientie-

rungen sollten nur mit marktkonformen Mitteln erfolgen.

- die Energieforschung im Interesse der Entwicklung neuer Technologien muß vorangetrieben werden. Dabei ist zum Beispiel die Forschung in der Solartechnik nicht nur Energie- sondern auch Industriepolitik. Aus der Energieforschung sollte die Kernenergie nicht ausgeschlossen werden, um Optionen für kommende Generationen zu erhalten.

- die politisch, nicht wissenschaftlich begründete Blockade der Entsorgungsvorsorge auch im Interesse der Zusammenarbeit mit Frankreich und England sofort aufgegeben wird,

- langfristige und kontinuierliche Entwicklungen nur durch Konsens und Sicherheit bei den Investitionen der Unternehmen möglich sind.

Demokratie ist auch Abbau von Konfrontation

Demokratie schließt die Unumkehrbarkeit von Entscheidungen aus. Konsens in einer Demokratie bedeutet in diesem Fall auch Abbau von Konfrontationen, Abbau von zu großer Emotionalität und Rückkehr zur Rationalität, die Risiken nicht einseitig, sondern im Zusammenhang bewertet.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Unsere Antwort auf den Ausstieg

Im Zusammenhang mit dem Energiekongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai erklärten die stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz und Horst Seehofer:

Das rot-grüne Ausstiegsszenario aus der Kernenergie führt in die Sackgasse, nicht in die Zukunft. Die Bundesregierung will einen einseitigen, gegebenenfalls staatlich verordneten Ausstieg aus der Kernenergie. In unverantwortlicher Weise schürt Rot-Grün mit ihrer rein ideologisch geprägten Debatte Ängste, weckt falsche Erwartungen und wirft Fragen auf. Eine tragfähige Antwort für die Energiepolitik der Zukunft gibt sie jedoch nicht; sie ist dabei in den vergangenen Wochen auch keinen Schritt vorangekommen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich ihrer politischen Verantwortung. Wir schalten uns in die Diskussion um die Energieversorgung von morgen ein und geben Antwort. Im Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft, Verbänden und dem Bürger wollen wir ein umfassendes Energiekonzept entwickeln. Wir stellen Fragen und diskutieren unsere Thesen.

Die Vorhaben der Bundesregierung in Richtung eines einseitigen Ausstiegs aus der Kernenergie lehnen wir klar ab. Poli-

tisch macht es für uns keinen Sinn, die friedliche Nutzung der Kernenergie durch Gesetz zu verbieten oder einzuschränken. Stattdessen setzen wir auf marktwirtschaftliche Anreize und langfristig sichere Rahmenbedingungen, mit denen möglichst viele energiepolitische Handlungsfreiräume und technische Optionen für die Energieversorgung in Deutschland offengehalten und weiterentwickelt werden.

Wie muß eine Energiepolitik für das 21. Jahrhundert gestaltet sein, die eine um-

Energiekongreß der CDU/CSU: Schäuble-Rede und Diskussionspapier siehe UiD Extra

weltschonende, effiziente Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen in unserem Land für heutige und künftige Generationen möglich macht? Welche Chancen bieten erneuerbare Energien, welchen Stellenwert haben fossile Energieträger, welchen Beitrag leistet das Energiesparen, wo liegen die Chancen der Kernenergie?

Über unsere Argumente und unsere Vorstellungen haben wir am 28. Mai auf unserem Energiekongreß „Energiedialog Deutschland“ diskutiert.

86 Prozent der Brandenburger für „Kopfnoten“

Nach einer Umfrage sind 86 Prozent der Brandenburger für die Wiedereinführung von Kopfnoten für Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung. Nur neun Prozent sprachen sich in einer repräsentativen Infratest-Umfrage dagegen aus, fünf Prozent waren unentschieden. Die Befragung war von der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ und dem Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg in Auftrag gegeben worden. Die Märker liegen mit ihrer Meinung im bundesweiten Trend. In einer Umfrage von „Stern-TV“ sprachen sich 79 Prozent der Deutschen für Kopfnoten aus.

Kinderkriminalität wirft ein erschreckendes Bild auf die Gesellschaft

Zur Auswertung der Kriminalstatistik durch den Bundesinnenminister erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:

Die entgegen der allgemeinen Entwicklung der Kriminalität steigende Tendenz bei der Kriminalität von Kindern und Jugendlichen zeigt eine gravierende Fehlentwicklung der Gesellschaft in Deutschland. Fragen sind nicht an die Kinder und Jugendlichen zu stellen, sondern an diejenigen, die diese Kinder und Jugendlichen erziehen.

Die Politik darf der Frage nach den tieferen Ursachen nicht ausweichen, auch wenn dabei unangenehme Wahrheiten aufgedeckt werden.

Bei den Eigentumsdelikten schlägt die Mentalität des Alles-Haben-Könnens und Alles-Haben-Müssens durch. Kinder und Jugendliche verlieren dabei schnell jedes Gespür für das Eigentum anderer. Dies verstärkt sich noch durch die von Rot-Grün entfachten unzähligen Diskussionen um die Entkriminalisierung der sog. Alltagsdelikte.

Die Zunahme der Körperverletzungen ist kaum denkbar ohne die tägliche Berieselung mit brutalen Szenen in den Fernsehkanälen oder durch Computerspiele, in denen das Kind/der Jugendliche selbst zum Akteur und damit zum Täter wird. Dann bleibt nur noch ein kleiner Schritt, solche Szenen in die Realität umzusetzen.

Auch bei dem erneut gestiegenen Hang zu Rauschgiftdelikten zeigt sich die tiefe Verunsicherung eines Teils einer ganzen Generation. Dieser Anstieg ist vor allem das

Ergebnis der Vorschläge aus den Reihen von Rot-Grün, man müsse die strikte Null-Toleranz gegen Rauschgift aufgeben. Wer die weiche Welle propagiert, wird schnell von den harten Drogen überschwemmt.

Zu sagen, die Gesellschaft sei an allem schuld, ist zu einfach. Jetzt zeigen sich die Folgen der 68er Umtriebe. Die Forderungen der 68er, die heute in Nadelstreifen herumlaufen und an den Hebeln der Macht sitzen, nach der „Umwertung aller Werte“ scheint sich in geradezu erschreckender Weise zu verwirklichen.

Die egozentrische Selbstverwirklichung vieler Eltern, die nur um sich selbst kreist, führt zwangsläufig zur psychischen Verunsicherung bis hin zur seelischen Verwahrlosung von Kindern und Jugendlichen. Man kann Kinder weder sich selbst überlassen noch ungestraft vom frühesten Kindesalter an in Verwahrung weggeben.

Die Gerichte und Jugendämter können oft nicht mehr helfen, wo andere das Leben der Kinder verpuscht haben. Dennoch muß die Nachfrage erlaubt sein, ob die Gerichte mit ihrer Stufentheorie, die Ersttäter milde und verständnisvoll zu behandeln und erst die Wiederholungstäter härter anzufassen, richtig liegen. Oft wäre es wirksamer, ein eindeutiges Signal gerade an jugendliche Ersttäter zu senden, daß die Gesellschaft Rechtsverletzungen nicht zuläßt.

Die Parteien sollten vielleicht überdenken, ob in ihren Programmen und familienpolitischen Forderungen noch alles auf der Höhe der Zeit und auf dem Stande aktueller Erkenntnisse ist. Geld allein kann jedenfalls nicht die Lösung sein. ■

Ein gutes Erbe der alten Bundesregierung

Zu den Zahlen der Jahresbilanz 1998 der Straßenverkehrsunfälle mit Kindern erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Die Bilanz ist positiv. 1998 verunglückten im Straßenverkehr 3302 weniger Kinder im Alter unter 15 Jahren als im Vorjahr, das sind knapp 7 % weniger als 1997. Besonders deutlich war der Rückgang der verunglückten Kinder als Fahrradbenutzer (- 13 %) und als Fußgänger (- 7,5 %).

304 der verunglückten Kinder (- 2,3 %) starben im Straßenverkehr. Das größte Risiko ist hier immer noch die Pkw-Benutzung, auch wenn die Zahl der bei Unfällen als Pkw-Insassen getöteten Kinder 11 % niedriger ist als 1997. Hier appelliere ich an die Eltern: Sichern Sie Ihre Kinder im Pkw richtig. Die eine Minute vor Fahrtantritt, die Sie dafür aufwenden müssen, kann Ihr Kind vor schweren körperlichen Schäden bewahren!

Doch auch sonst sollten die Erwachsenen den Kindern im Straßenverkehr

ein Vorbild geben, sei es mit dem Fahrrad, sei es als Fußgänger. Frühzeitige Verkehrserziehung, das Trainieren des richtigen Verhaltens im Straßenverkehr zahlt sich für unsere Kinder aus. Der deutliche Rückgang der verunglückten Kinder im Straßenverkehr ist ein gutes Erbe der alten Bundesregierung und muß Ansporn sein, bei der Verkehrssicherheitsarbeit für Kinder konsequent fortzufahren.

Die Bilanz 1998 ist erneuter Beweis, daß unser Weg einer verständnisvollen Partnerschaft der Verkehrsteilnehmer der richtige ist, die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen. Sie ist die Meßlatte, an der sich die Ergebnisse künftiger Verkehrspolitik werden werten lassen müssen. Aktionismus, Dirigismus und Schnellschüsse à la Müntefering sind ein Irrweg. Erfolge gibt es meines Erachtens nur durch Kooperation. Der konstant rückläufige Trend der Unfallzahlen trotz zunehmender Verkehrsdichte zeigt klar, daß die bestehenden Verkehrsregeln richtig sind und die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgreich ist.

Im vergangenen Jahr verunglückten fast 47.000 Kinder im Straßenverkehr

Im Straßenverkehr sind im vergangenen Jahr 46.508 Kinder verunglückt. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte, entspricht dies einem Rückgang im Vergleich zum Vorjahr um 6,6 Prozent. Es bedeute aber auch, daß in Deutschland durchschnittlich alle elf Minuten ein Kind unter 15 Jahren im Verkehr zu Scha-

den kommt. Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Kinder sank um 2,3 Prozent auf 304. Davon starben 127 im Pkw, 94 als Fußgänger und 73 als Fahrradfahrer. Von der Gesamtzahl der verunglückten Kinder wurden 16.175 als Pkw-Insassen verletzt, 15.373 als Fahrradfahrer und 12.935 als Fußgänger.

Die Sommerferien besser als bisher entzerren

Zur Beratung der Kultusministerkonferenz über die neue Sommerferienordnung von 2003 bis 2010 erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

Die anstehende Neuregelung der deutschen Sommerferienordnung für die Jahre 2003 bis 2010 muß vor allem das Ziel eines optimalen Urlaubserfolges und Erholungswertes der Ferien erreichen. Die zeitliche Entzerrung der Ferientermine der Bundesländer im „rollierenden System“ hat sich zwar prinzipiell bewährt und sollte grundsätzlich fortgeschrieben werden. Es müssen aber mehr als bisher gleichermaßen pädagogische, gesundheitliche, verkehrliche und touristische Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

Die CDU/CSU-Tourismuspolitiker wiederholen ihre seit langem an die Kultusministerkonferenz und Anfang dieses Monats auch an die Regierungschefs aller Bundesländer gerichtete Forderung, die Sommerferien weiter als bisher zu entzerren durch einen Gesamtferienzeitraum von 90 Tagen, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Zahl der Urlauber auf diesen Zeitraum und eine Bildung der Urlaubsböcke nach Zahl der Bevölkerung, der Kinder, der Reiseintensität und der Reiseziele.

Die Problematik und die wirtschaftliche sowie gesellschaftspolitische Tragweite dieser Entscheidung wurde bisher offensichtlich unterschätzt. Statt des 1970 von den westdeutschen Kultusministern verabredeten Gesamtferienzeitraums zwischen 87 und 91 Tagen sah der bisher diskutierte Entwurf für die Jahre 2003 bis 2010 eine

durchschnittliche Dauer von nur noch 83 Tagen pro Jahr vor, nachdem sie im Zeitraum von 1995 bis 2002 bereits auf knapp 85,5 Tage gesunken war. Außerdem droht eine noch ungleichmäßigere Verteilung der Urlauber innerhalb des Gesamtferienzeitraums als bisher.

Kleine Ursache, große Wirkung: die Folge wären verstärkte Ballungen in den Feriengebieten und bei den Verkehrsträgern, die nicht nur die Erholungsmöglichkeiten von Schülern und ihren Eltern deutlich reduzieren, sondern auch die Auslastung deutscher Feriengebiete beeinträchtigen und

Weniger Staus und Streß – bessere Erholung

damit die Sicherung bestehender bzw. die Schaffung neuer Arbeitsplätze gefährden. Mit jedem Ferientag gehen der deutschen Fremdenverkehrswirtschaft schätzungsweise 1 bis 2 Mio. Gästeübernachtungen und entsprechende Umsätze verloren.

Je weitgehender die Ferien entzerrt werden, desto weniger entstehen Probleme durch Überlastung, Staus und Streß im Verkehr und bei den Verkehrsmitteln, desto weniger auch Gedränge in Hotels, Ferienanlagen und Urlaubsregionen. Eine optimale Ausgestaltung des rollierenden Systems müßte sich auf eine fundierte wissenschaftliche Untersuchung über die Reiseziele, -ströme und -intensität der Bevölkerung, insbesondere von Familien mit Kindern, sowie über die unterschiedliche Auslastung der deutschen Feriengebiete stützen, wie es die Tourismuspolitiker der Union wiederholt von den Bundesländern gefordert haben.

Das neue Jugendprogramm der EU schnell umsetzen

Der Vorstand der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen, Klaus Holetschek und Axel Fischer, erklärte nach einem Gespräch mit französischen Kollegen:

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion traf sich mit französischen jungen Kollegen zu einem Meinungsaustausch in Paris, unter anderem über die Einführung des europaweiten, gemeinschaftlichen Aktionsprogrammes „Jugend“.

Das neue Aktionsprogramm „Jugend“ führt auf EU-Ebene die vorhandenen Programme „Jugend für Europa“ und „Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche“ zusammen und koordiniert die bestehenden Bildungsprogramme „Leonardo“ und „Sokrates“. Weitere flankierende Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung sowie gemeinsame Aktionen zur Schaffung von „Europäischen Wissenszentren“ wie „Eine Chance für die Jugend“ sind für den Zeitraum von 2000 bis 2004 geplant. Der Finanzrahmen für diese fünf Jahre liegt bei 600 Millionen ECU.

Die jungen Abgeordneten begrüßen das neue Programm der EU einhellig, da es das Ziel hat, den aktiven Beitrag der Jugendlichen am Aufbau Europas zu fördern. Ei-

nerseits sollen mehr Jugendliche die Möglichkeit erhalten, andere soziale und kulturelle Wirklichkeiten wahrzunehmen und zu entdecken, andererseits sollen diejenigen Jugendliche erreicht werden, denen aus kulturellen, sozialen, physischen, wirtschaftlichen oder geographischen Gründen bisher eine Teilnahme an Programmen große Schwierigkeiten bereitet hat.

Das bestehende finanzielle Ungleichgewicht zuungunsten des Jugendaustausches muß bei dem neuen Programm ausgeglichen werden. Während dem „Europäischen Freiwilligendienst“ 40 Millionen ECU anfangs zur Verfügung stehen, soll der Aktion „Jugend für Europa“, bei der hauptsächlich Jugendgruppen gefördert werden, lediglich 19,5 Millionen ECU zustehen. Der Jugendaustausch hat sich als Instrument der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung bewährt. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, daß es auf regionaler Ebene jedoch nicht zu Kürzungen kommen darf entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip.

Jetzt gilt es, den Beschluß auf europäischer Ebene zügig zu verabschieden, damit ein Europa der Jugend bald Wirklichkeit werden kann. ■

Brandenburgs Sozialdemokraten weiter im Abwind

Die absolute Mehrheit der regierenden Sozialdemokraten in Brandenburg bröckelt weiter. Wenn am Sonntag Landtagswahl wäre, käme die SPD nach einer am 28. Mai veröffentlichten repräsentativen Infratest-Umfrage nur noch auf 50 Prozent. Das sind fünf Prozentpunkte weniger als im Dezember und ein Prozentpunkt Verlust im Vergleich zum März. Die CDU holte unter ihrem Landesvorsitzenden Jörg Schönbohm weiter auf und kam auf 25 Prozent, zwei Punkte mehr als im März. Die PDS blieb stabil bei 18 Prozent.

Rot-grüne Politik mitverantwortlich für Euro-Schwäche

Zum Euro-Tiefststand erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:

Für den Tiefststand des Euro gegenüber dem Dollar gibt es eine Reihe handfester Gründe, die Rot-Grün zu verantworten hat. Die OECD sieht in ihrem jüngsten Wirtschaftsausblick Deutschland neben Italien als den Bremser der europäischen Konjunktur an.

Ins Stottern geraten

Die Rücknahme wichtiger Reformgesetze durch die Regierung Schröder/Fischer hat die öffentlichen Kassen zusätzlich belastet und der Wirtschaft neue Zwänge auferlegt. Dementsprechend schwach fällt die Konjunktur in Deutschland aus. Der einstige Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa ist durch Rot-Grün ins Stottern geraten. Die erwarteten Steuereinnah-

men müssen nach unten korrigiert werden. Haushaltslöcher tun sich auf.

Es gibt nur ein Rezept

Auf den Schuldenprofi Lafontaine folgte mit Eichel ein Bundesfinanzminister, dessen unrealistische Vorstellungen zum Bundeshaushalt 2000 in der Finanzwelt Befürchtungen eher schüren denn dämpfen. Die Sorge vor einer steigenden Neuverschuldung im wichtigsten Euro-Land Deutschland wächst international an.

Zur Rettung der Lage gibt es nur ein Rezept: Mehr Freiheiten für Bürger und Wirtschaft bei weniger Steuern und Abgaben. Dann werden versiegende Steuerquellen wieder sprudeln und wird unter dem Strich mehr in öffentlichen Kassen landen als heute.

Zeigt der Konjunkturpfeil in Deutschland wieder steil nach oben, wird auch der Euro wieder anziehen.

42 Prozent für die CDU: Bestes Ergebnis seit vielen Jahren in NRW

„Die CDU holt kräftig auf. Mit 42 Prozent hat sie in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren das beste Umfrageergebnis erreicht.“ Mit diesen Worten kommentierte der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU, Herbert Reul, die neuesten Umfrageergebnisse. Nach einer Forsa-Umfrage, die die Welt am Samstag veröffentlicht hat, liegt die CDU, wenn heute Bundestagswahl wäre, erstmals seit 1983 in Nordrhein-Westfalen mit 42 Prozent vor der SPD, die 40 Prozent erreichen würde. Bei der WDR-Sonntagsfrage zur Landtagswahl erzielte die CDU ebenfalls 42 Prozent, die SPD 44 Prozent.

„Christen gestalten Europa“

Im Rahmen der 37. Bundestagung in Dresden haben die Delegierten des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Jochen Borchert, MdB, erneut zum Vorsitzenden gewählt.

Die Tagung stand unter dem Motto „Christen gestalten Europa“. Die Delegierten forderten in einer Entschließung (Europa – Aufgabe für die Kirchen) zum Tagungsthema die Kirchen auf, den europäischen Einigungsprozeß stärker mitzugestalten. Die Kirchen hätten mit dafür zu sorgen, daß die Politik der Europäischen Union weiterhin eine Nähe zum christlichen Verständnis vom Menschen aufweise.

Ausdrücklich appellierte der EAK an die evangelischen Kirchen, ihren spezifischen Beitrag zur Einigung Europas zu leisten.

In seiner Rede vor den Delegierten rief Borchert die Mitglieder des EAK ausdrücklich dazu auf, den öffentlichen Dialog mit dem Islam zu führen. Nur die ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Fragen des religiösen und gesellschaftlichen Lebens kann einen Beitrag zur wirklichen Integration der in Deutschland lebenden Muslime leisten. Borchert sprach sich erneut für die

Einführung eines öffentlichen islamischen Religionsunterrichtes aus.

Vor mehr als 400 Gästen rief Generalsekretärin Angela Merkel dazu auf, dem in Deutschland weit verbreiteten Unbehagen über den Zustand der Gesellschaft offensiv entgegenzutreten. Es müsse eine gesamtdeutsche Wertedebatte über die Bedeutung von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität geben. Sie warnte vor überhöhten Erwartungen an Politik und Politiker: Freiheit bedeutet auch, eigenverantwortlich nach Lösungen für Probleme zu suchen.

Zum Auftakt der Tagung in der Dresdner Dreikönigskirche hatten Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und Bischof Klaus Wollenweber aus Görlitz über das Thema „Europa und das christliche Menschenbild“ gesprochen.

In Dresden beendete der EAK seine Aktion zur Unterstützung gefährdeter Kirchbauten in den neuen Bundesländern mit der Übergabe zweier goldener Stifterbriefe durch die Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche an Angela Merkel und Jochen Borchert.

Bernhard Vogel will Dagmar Schipanski in sein Wahlkampfteam holen

Der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel will die bei der Bundespräsidentenwahl unterlegene Kandidatin von CDU und CSU, Dagmar Schipanski, in sein Wahlkampfteam holen. „Ich möchte, daß sie Mitglied meiner Mannschaft ist, die nach der Landtagswahl Führungspositionen im

Freistaat besetzen soll“, sagte Vogel in einem Interview mit der Zeitschrift „Super Illu“. Selbstverständlich könne die Wissenschaftlerin „jederzeit auch ein Ministeramt in Thüringen ausfüllen“. In Thüringen wird am 12. September ein neuer Landtag gewählt.

Bundesausschuß Medienpolitik konstituiert

Am 27. Mai hat sich der CDU-Bundesausschuß Medienpolitik konstituiert. Die Mitglieder wählten Günther H. Oettinger MdL einstimmig zu ihrem Vorsitzenden. Als Stellvertreter wurde Bernd Neumann MDB einstimmig wiedergewählt.

Der Jurist Günther H. Oettinger (45) ist seit April 1984 Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg und seit Januar 1991 Fraktionschef. Zudem gehört er dem Präsidium und dem Landesvorstand der CDU an. Medienpolitik und Medienwirtschaft bilden seit vielen Jahren einen Schwerpunkt seiner politischen Arbeit. Von 1983 bis 1989 war er Landesvorsitzender der Jungen Union.

Der Pädagoge und Parlamentarische Staatssekretär a.D. Bernd Neumann (57)

ist seit 1987 Mitglied im Deutschen Bundestag und seit dieser Legislaturperiode Obmann im Arbeitskreis Kultur und Medien der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Zudem ist er Landesvorsitzender der CDU Bremen seit 1979 und gehört dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands an. Im Bundesausschuß Medienpolitik ist er seit 1989 in leitender Funktion und seit 1994 insbesondere für Film zuständig. Von 1971 bis 1973 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Union.

Die CDU-Bundesausschüsse konstituieren sich jeweils für eine Legislaturperiode parallel zum Deutschen Bundestag. Geschäftsführer und Ansprechpartner ist erneut der Referent für Medienpolitik im Büro der Generalsekretärin, Ralf Golinski.

Arbeitslose sächsische Bauingenieure gehen nach Bosnien

Arbeitslose Bauingenieure aus Sachsen werden beim Wiederaufbau in Bosnien helfen. Noch im Juni beginnen für die ersten zwölf Ingenieure der Einsatz, berichtet die „Sächsische Zeitung“. Der ersten Gruppe werde ein weiteres sechsköpfiges Hilfsteam folgen

Die Ingenieure werden nach dem Bericht in einem sechswöchigen Kurs vorbereitet. Bezahlt würden sie zu 30 Prozent aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und zu 70 Prozent aus Landesmitteln. Der Europäische Sozial-

fonds finanziere die Qualifizierung, das Bundesverteidigungsministerium übernehme die Kosten für Reise und Unterkunft.

Der Einsatz geht nach Angaben der Zeitung auf einen Vorschlag von Sachsens Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf zurück, der bei einer Reise auf den Mangel an Fachkräften in Bosnien-Herzegowina aufmerksam geworden war. Vor allem würden Spezialisten aus den Bereichen Hoch- und Tiefbau, Wasserbau sowie für die Wasserversorgung und Wasserentsorgung gebraucht.

Rheinland-pfälzische CDU setzt auf Rückenwind aus Bonn

Wenn Christoph Böhr an die rheinland-pfälzische Kommunalwahl denkt, dann bekommt der CDU-Landeschef richtig gute Laune: „Mit gutem Rückenwind und prall gefüllten Segeln steuern wir auf den 13. Juni zu.“

Der Rückenwind für die Union kommt derzeit aus Bonn. Den weit verbreiteten Ärger über steigende Benzinpreise und 630-Mark-Jobs versucht Böhrs CDU im Kommunalwahlkampf intensiv in Stimmen für die Union umzumünzen: „Ich bin sicher: Wir bleiben die Nummer eins in der Kommunalpolitik.“ Während die rheinland-pfälzische CDU augenscheinlich auf einen sicheren Wahlerfolg zusteuert, ist die Landes-SPD beunruhigt. Bundespolitische Themen seien im Kommunalwahlkampf schon sehr dominant, sorgt sich Landesgeschäftsführer Roger Lewentz:

„Wir kämpfen dauernd gegen einen Gegner, der kommunal nicht zu greifen ist.“ Zwar sehen Umfragen die Genossen landesweit immer noch in Führung, aber der Abstand zur Union ist in den letzten Monaten immer kleiner geworden.

LAG die Union im Dezember noch sieben Prozent hinter der SPD, ist der Abstand inzwischen auf zwei Prozent geschrumpft. Nach einer aktuellen Umfrage käme die SPD landesweit inzwischen auf 41 Prozent, die Union auf 39, die FDP auf acht und die Grünen auf sieben Prozent.

Da die CDU in den rheinland-pfälzischen Kommunen traditionell stark ist, wird aber angenommen, daß die Union dennoch, wie schon bei der Kommunalwahl vor fünf Jahren, als stärkste Partei aus dem Urnen-gang hervorgehen wird. ■

Sachsen-Anhalt: Leistungsstarkes Angebot an die Wähler bei den Kommunalwahlen

● Mit 6.224 Bewerbern für die Gemeinderatswahlen in den kreisangehörigen Gemeinden stellt die CDU Sachsen-Anhalt wesentlich mehr Kandidaten als SPD (3.775), PDS (1.631) und Grüne (235) zusammen.

● Mit 1.208 Bewerbern stellt die CDU die meisten Kandidaten für die Kreistagswahlen sowie Stadtratswahlen in den kreisfreien Städten.

● Mit 1.058 Bewerbern stellt die CDU die meisten Kandidaten für die Kreistagswahlen in den Landkreisen.

● Die CDU kandidiert als einzige Partei in über 800 Gemeinden (812),

dagegen die SPD (543), PDS (423) und Grüne (79).

Die vielen Frauen und Männer, die sich ehrenamtlich zur Verfügung stellen, sind ein leistungsstarkes Angebot an die Wähler bei den Kommunalwahlen. Auf diesem Wege soll allen Bewerbern für ihr großes Engagement Dank ausgesprochen werden. Die Menschen in Sachsen-Anhalt spüren von Tag zu Tag deutlicher, daß eine Wende in der Politik in Sachsen-Anhalt notwendig ist. Die CDU ist dazu bereit und wird sich mit allen ihren Kandidaten um das Vertrauen der Wähler bemühen.

Drei Jahre keine Erhöhungen – Wulff fordert Steuermoratorium

Über 400 Delegierte versammelten sich am 28. und 29. Mai zum diesjährigen Landesparteitag der CDU in Niedersachsen in der Braunschweiger Stadthalle. Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Europapolitik und die Auseinandersetzung mit den bisherigen „Leistungen“ der niedersächsischen Landesregierung und der rot-grünen Bundesregierung.

„Unser Ziel lautet: Am 13. Juni ein exzellentes Wahlergebnis erreichen und die CDU wieder zur stärksten Kraft in Deutschland zu machen“, gab der Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen und stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Christian Wulff, in seiner Eröffnungsrede die Richtung vor. „Wir wollen ein freiheitliches und föderales Europa und kein sozialistisches und zentralistisches Europa. Und wir müssen dafür sorgen, daß die Europawahl zu einem Denkkzettel gegen die Substanzlosigkeit und das Mißmanagement der Regierenden in Hannover und Bonn wird“, unterstrich Wulff.

Europapolitik könne nicht aus dem Bauch herausgemacht werden, wie das bei SPD und Grünen der Fall sei, durch die die Position Deutschlands geschwächt werde. Während es Bundeskanzler Helmut Kohl gelungen sei, die Nettozahlungen an die EU innerhalb von vier Jahren von 27 auf 22 Mrd. DM zu verringern, habe der amtierende Bundeskanzler Schröder durch seine naßforsche Art beim EU-Gipfel in Berlin steigende Zahlungen hinnehmen müssen. „Hier wurde in Bonn und Berlin dilettantisch ans Werk gegangen“, kritisierte Wulff. Und: „Rot-Grün lallt und lullt die Deutschen ein und nehmen nicht die Aufgaben der Gegenwart wahr.“

Auch in der Innenpolitik warf der CDU-Bundesvize der rot-grünen Regierung schwere Versäumnisse vor. Arbeitslosigkeit, Finanzkrise und Unterrichtskatastrophe seien die Themen.

Bisher hätten Schröder und Co. in diesen Bereichen vollkommen versagt. „Hier wird eine sozialdemokratische Nivellierungspolitik gemacht, die nach dem Motto, auf dem niedrigsten Niveau alle gleich schlecht behandeln, verfährt“, stellte Wulff fest. Hinsichtlich der Neuregelung der 630-DM-Jobs und der sogenannten Scheinselbständigkeit äußerte der Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag scharfe Kritik an Ministerpräsident Glogowski: „Wer einerseits sagt, daß die Gesetze katastrophal oder schlicht Mist sind, andererseits aber diesen Gesetzen seine Zustimmung gibt, der verliert seinen geleisteten Amtseid.“

CDU in Niedersachsen steht für „ein neues Kapitel Europa“/ Landesparteitag verabschiedet Leitantrag zur Europapolitik

Zugleich wandte sich Wulff gegen eine Steuerpolitik auf Raten der Bundesregierung. „Die Steuerreform muß zum 1.1.2000 kommen“, forderte er unter dem Beifall der Delegierten. In diesem Zusammenhang schlug er ein dreijähriges Moratorium vor, das Steuererhöhungen in diesem Zeitraum ausschließe, um den Spardruck zu erhöhen.

Zusammenfassend stellte Wulff fest: „Nach der bitteren Niederlage am 27.9.98 haben wir es geschafft, nicht in Selbstzerfleischung zu machen, sondern Tritt zu fassen und Kraft und Mut für die Zukunft zu gewinnen. Positiv ist auch, daß wir die



Kraft haben, neue Fragen mit großer Gelassenheit offen zu diskutieren.“

Einmütig verabschiedete der Landespartei-tag einen Leitantrag unter dem Titel „Im Interesse Deutschlands und Niedersachsens: Europa sichert Frieden, Freiheit und Wohlstand“, der von dem Spitzenkandidaten der CDU in Niedersachsen für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, eingebracht wurde. Gerade angesichts des gegenwärtigen Krieges im Kosovo und basierend auf den Erfahrungen zweier Weltkriege, sei es notwendig, den in Europa eingeschlagenen Weg, Konflikte mit Mitteln des politischen Dialogs, gemeinsamen Gesetzen und klaren Entscheidungswegen, fortzuführen. Um dies dauerhaft zu sichern, sei es notwendig ein neues Kapitel Europa offensiv anzugehen. Dazu gehöre eine Entbürokratisierung ebenso wie die Ablösung des Prinzip der Einstimmigkeit hin zu einem Mehrheitsprinzip in allen Entscheidungsgremien.

Einer der Höhepunkte des Landespartei-tages der CDU in Niedersachsen war die Rede des Parteivorsitzenden und Oppositionsführers im Bundestag, Wolfgang

Schäuble. Er wurde von den Delegierten mit stehenden Ovationen begrüßt und zeigte sich in bester Laune. „Es macht Spaß für die Union in Deutschland Politik zu machen“, rief er Delegierten und Gästen zu.

Nach der Bundestagswahl 98 sei die CDU aus dem Tal heraus wieder auf dem Anstieg und konkurriere mit der SPD erfolgreich um Platz 1. „Machen wir uns trotzdem keine Illusionen: Es ist nicht nur die Zustimmung für die Arbeit der Opposition, sondern auch die Enttäuschung über die rot-grüne Politik, die zu einer schlechten Entwicklung unseres Landes führt“, mahnte Schäuble. Deswegen gehe es darum, mit allen Mitteln die Bundesregierung in ihren Entscheidungen zu beeinflussen.

„Das beste Mittel dazu sind verlorene Wahlen für Rot-Grün. Die Hessen-Wahl hat dies deutlich gemacht bei der Frage der generellen doppelten Staatsbürgerschaft. Und die werden auch die Neuregelung der 630-DM-Jobs ändern, wenn sie am 13. Juni bei der Europawahl ordentlich eine gescheuert bekommen“, stellte der CDU-Chef fest. ■

Materialien für den Endsprint



wahljahr 1999
INFOS FÜR ERSTWÄHLER
- 8 FRAGEN UND ANTWORTEN -



CDU
mitten im Leben, mitten in Europa.

● **Erstwählerprospekt**

Bestell-Nr.: **2599**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

Bestellschrift

per Post:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh

Fax: 0 25 24/91 13 10

E-Mail: cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl.
MwSt. und Versand.
Ab einem Warenwert
von 50,- DM werden
keine Versandkosten
berechnet.

Eilzustellungen werden
gesondert nach Auf-
wand in Rechnung
gestellt

Kanzler-Spiel - ohne System mit Superfehler und Zusatzfehler



6 aus x Fehlern der Regierung Schröder

„...aber nach dem, was wir wissen, wird kein Lottogewinn herauspringen“

Gerhard Schröders Einschätzung nach dem EU-Gipfel in Berlin am 29.03.99, daß er die Netto-Zahlungen an die EU nicht senken konnte.

● Lottoschein „6 aus x Fehlern der Regierung Schröder“

(vorgestellt auf dem Europafest der CDU in der Kölnarena am 30. Mai)

Bestell-Nr.: **2613**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 22,00 DM

● Rot-Grün-Shop

Die (negativ)Highlights der rot-grünen Regierung im Überblick.

Bestell-Nr.: **2593**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

Rot-Grün-Shop

Wetten, daß...? ... es nicht billiger geht.

Die Auslaufmodelle im Rot-Grün-Shop:

Zeitungsbote



630,- DM-Gesetz:

Wegen der Nettoreisepausen lohnt sich das frühe Aufstehen nicht mehr.

freie Journalistin



Regelung der sog. Scheinselbständigkeit:

Vorlage können sich die Mitarbeiter freier Journalisten nicht mehr leisten.

Mittelständler



Verlierer der Steuerreform

Rentner mit Führerschein



Verkehrsmittelwartung bräuhche Seniorenfahrverbot ins Gespräch.



Mülle...
„Tritt“
19,6

Die

4000 DM



Italienischer Designermantel
„Mir geht's gut“

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

UID Extra 18/1999

Energiekongreß der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion
am 28. Mai 1999 in Bonn

**Wolfgang Schäuble:
Nachhaltige
Energiepolitik für
Deutschland**

Rede des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Energiedialog
Deutschland**

Diskussionspapier der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion zur
Energiepolitik in Deutschland

● **Vertreibung**

Norbert Blüm: Vier Tage bei
Cap Anamur. Seite 10

Norbert Blüm bei den Ver-
triebenen in Kukës Seite 11

● **Gesundheit**

Rot-Grün will Systemwechsel
in der gesetzlichen Kranken-
versicherung. Seite 13

Die wichtigsten Patienten-
rechte kommen unter die Räu-
der. Dokumentation

● **630-Mark-Jobs**

Generalsekretärin Angela
Merkel: Deutschland ist
doch kein Experimentierla-
bor. Seite 16

HEUTE AKTUELL

● **2. Berliner
Gespräch**

Generalsekretärin Angela
Merkel: Es ist klug, sich
Rat von seinen Freunden zu
holen. Seite 22

Europa im 21. Jahrhundert
– was die Nachbarn von
Deutschland erwarten.
Bericht über die Diskussion.
Seite 24

● **Energiepolitik**

Langfristig sichere Versor-
gung gestalten. Seite 26



Vergessen Sie nicht, kurz vor
der Wahl bei Ihren Nachbarn
den Türanhänger anzubringen.
Bestell-Nr.: 1609, Verpackungs-
einheit: 1000 Expl., Preis je
1000 Exemplare: 40 DM.

● **EAK**

Christen gestalten Europa.
37. Bundestagung in Dresden.
Seite 33

● **CDU Niedersachsen**

Landesparteitag in Braun-
schweig. Seite 36

UID

18/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den In-
halt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:**
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113
Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Pro-
ffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.